



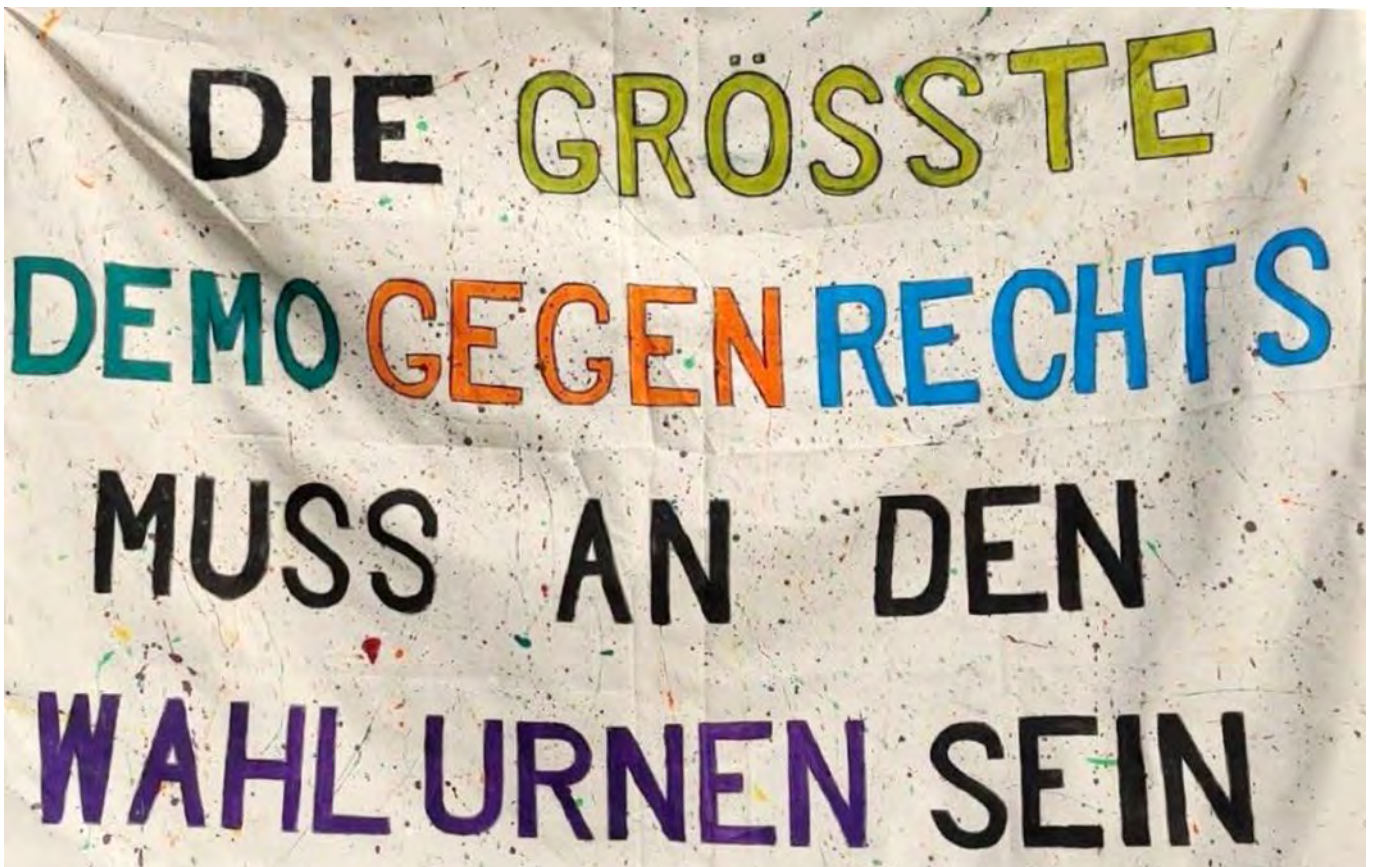
# Bürger\*innenbrief

20. Februar 2025

Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**Die Linke**

**Empfehlungen und Infos zur Wahl +++ Gemeinsam gegen Mietwucher +++ Mietwucher-App +++ Schulfrieden für Hamburg +++ Gefährdung des Rechtsstaats durch ungerechte Verteilung von Vermögen +++ Kritikwürdige Stadtentwicklung am Beispiel von Elbtower & Staatsoper +++ Kulturtipp: Zwei Leben für die Befreiung**



Plakat auf einer der zahlreichen Anti-AfD-Demos (Foto: S. Boeddinghaus)

## Liebe Leserinnen und Leser,

Für diese Ausgabe des Bürger\*innenbriefs fällt es uns vergleichsweise leicht, eine der Lage angemessene Einleitung zu schreiben. »DIE LINKE: Plötzlich beliebt wie nie«, heißt es etwa im »Neuen Deutschland« online am 16. Februar.<sup>1</sup> Oder in der taz liest mensch über die LINKE, sie erlebe eine »Auferstehung ganz ohne Religion«.<sup>2</sup> Tatsächlich erlebt unsere Partei einen Aufschwung sondergleichen: Alleine fast 24.000 Neumitglieder seit Anfang des Jahres und Prognosen für die Bun-

destagswahl am 23. Februar in Höhe von mittlerweile 7 Prozent und für die Hamburger Bürgerschaftswahl am 2. März von 9 Prozent werten wir als Ausdruck der Anerkennung des Engagements der LINKEN, aber auch als sich verbreitende Erkenntnis, dass ein Parlament ohne DIE LINKE ein trauriges Drama wäre. Nicht zufällig gibt es da natürlich noch eine zweite Seite, die aus unserer Sicht nicht anders als seeehr positiv bezeichnet werden kann. Mehrere Hunderttausend Menschen setzten am 8./9. Februar mit Großdemonstrationen Zeichen gegen Rechts. Und ein Wochenende später mel-

<sup>1</sup> [www.nd-aktuell.de/artikel/1189088.bundestagswahl-die-linke-ploetzlich-beliebt-wie-nie.html](http://www.nd-aktuell.de/artikel/1189088.bundestagswahl-die-linke-ploetzlich-beliebt-wie-nie.html).

<sup>2</sup> [taz.de/Wahlkampf-der-Linkspartei/!6069707/](http://taz.de/Wahlkampf-der-Linkspartei/!6069707/).

dete die »taz« lapidar »200 Demos, 200.000 Menschen«. <sup>3</sup> All dies führt hier ausnahmsweise mal zur Jubelstimmung. Die Leser\*innen mögen uns das nachsehen.

Doch wir wären wohl nicht DIE LINKE, wenn wir nicht all die kleinen und die großen Anlässe sehen, wie sich dieses Land nach rechts bewegt, wie Sozialabbau erfolgt bei gleichzeitig massiver Aufrüstung, wie Armut und Wohnungsmangel voranschreiten. Der Ausstieg der USA aus dem Klimaabkommen und die Fast-Total-Demontage des USAID-Entwicklungshilfeprogramms, die Ankündigung, den Panamakanal, Grönland und den Gazastreifen zu übernehmen, lässt uns gruseln vor der internationalen Entwicklung. Aber nur die USA unter Trump? Nicht minder empörend ist der endgültige Fall der »Brandmauer« gegenüber der rechtsextremistischen AfD durch Friedrich Merz, aber auch das Anbieten der anderen Parteien. Gegen Rechts Stellung beziehen, die allzu ausländergefeindlichen Töne und Forderungen ein wenig infragestellen, aber gleichzeitig die Integrations- bzw. Sprachkurse für Geflüchtete und Eingewanderte »drastisch« zusammenstreichen, wie es die »rot-grüne« Bundesregierung Mitte Januar verkündete, <sup>4</sup> das passt einfach nicht zusammen. Und dass ausgerechnet der GRÜNEN-Kanzlerkandidat Robert Habeck einen »Verteidigungsetat« nicht etwa von 2, sondern gleich von 3,5 Prozent anvisiert, das hat sogar der – zugegebenermaßen eher linke – SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich als Teil eines »holzschnittartigen Überbietungswettbewerbs« charakterisiert. <sup>5</sup>

Und in Hamburg? Ungläubig lesen wir in der »Süddeutschen Zeitung« online am 19. Januar von Peter Tschentscher, man solle doch die »Akzeptanz für Klimaschutz nicht überfordern«. <sup>6</sup> Klar, ließe sich zynisch anmerken, Hamburgs Hafen meldete für das vergangene Jahr schließlich einen Rekord bei Kreuzfahrt-Passagieren, »die maritime Touristik nimmt auch für uns zunehmend eine Rolle als Wirtschaftsfaktor ein«, so Wirtschaftssenatorin Melanie Leonhardt (SPD). Besonders amüsiert haben wir uns auch über die Schlagzeile »Umweltsenator fordert Startverbot nach 23 Uhr« im »Hamburger Abendblatt« online am 5. Februar. <sup>7</sup> Wie lange war der GRÜNE Jens Kerstan noch Umweltsenator in Hamburg? Zehn Jahre sind es gewesen, ein Jahrzehnt, in der es ja schon mal bei diesem Problem hätte vorangehen können.

Nun denn, DIE LINKE wird es aller Voraussicht weiterhin im Deutschen Bundestag und in der Hamburgischen Bürgerschaft geben. Und das ist gut so, gut für die Menschen, ihre progressiven Initiativen, Bewegungen und die Gewerkschaften,

gut so für die gebeutelten Mieter\*innen, die Umwelt- und Klimafreund\*innen, die sich gegen Armut und Sozialabbau und für Frieden und Abrüstung einsetzenden Bürger\*innen, überhaupt für den Großteil der Gesellschaft, der sein tägliches Brot verdienen muss und den Kopf in einer zunehmend bedrohten Welt über Wasser halten will. Wen wundert's, wir bleiben dabei, denken und handeln auch weiterhin links und würden uns über Unterstützung und viele Stimmen von Wähler\*innen freuen.

Im Übrigen bedanken wir uns an dieser Stelle für die vielen freundlichen Reaktionen, die uns von Ihnen/Euch als treuen Leserinnen und Leser des Bürger\*innenbriefs in den letzten fünf Jahren, also in der nun definitiv zu Ende gehenden 22. Legislaturperiode erreicht haben. Mal schauen, ob und ggfs. wie es mit unserem BB nach dieser – der 212. Ausgabe seit 2008 – weitergeht.

Und in Hamburg? Ungläubig lesen wir in der »Süddeutschen Zeitung« online am 19. Januar von Peter Tschentscher, man solle doch die »Akzeptanz für Klimaschutz nicht überfordern«. Klar, ließe sich zynisch anmerken, Hamburgs Hafen meldete für das vergangene Jahr schließlich einen Rekord bei Kreuzfahrt-Passagieren, »die maritime Touristik nimmt auch für uns zunehmend eine Rolle als Wirtschaftsfaktor ein«, so Wirtschaftssenatorin Melanie Leonhardt (SPD). Besonders amüsiert haben wir uns auch über die Schlagzeile »Umweltsenator fordert Startverbot nach 23 Uhr« im »Hamburger Abendblatt« online am 5. Februar.

Wie lange war der GRÜNE Jens Kerstan noch Umweltsenator in Hamburg? Zehn Jahre sind es gewesen, ein Jahrzehnt, in der es ja schon mal bei diesem Problem hätte vorangehen können.

Nun denn, DIE LINKE wird es aller Voraussicht weiterhin im Deutschen Bundestag und in der Hamburgischen Bürgerschaft geben. Und das ist gut so, gut für die Menschen, ihre progressiven Initiativen, Bewegungen und die Gewerkschaften, gut so für die gebeutelten Mieter\*innen, die Umwelt- und Klimafreund\*innen, die sich gegen Armut und Sozialabbau und für Frieden und Abrüstung einsetzenden Bürger\*innen, überhaupt für den Großteil der Gesellschaft, der sein tägliches Brot verdienen muss und den Kopf in einer zunehmend bedrohten Welt über Wasser halten will. Wen wundert's, wir bleiben dabei, denken und handeln auch weiterhin links und würden uns über Unterstützung und viele Stimmen von Wähler\*innen freuen.

Im Übrigen bedanken wir uns an dieser Stelle für die vielen freundlichen Reaktionen, die uns von Ihnen/Euch als treuen Leserinnen und Lesern des Bürger\*innenbriefs in den letzten fünf Jahren, also in der nun definitiv zu Ende gehenden 22. Legislaturperiode erreicht haben. Mal schauen, ob und gegebenenfalls wie es mit unserem BB nach dieser – der 212. Ausgabe seit 2008 – weitergeht.

Sabine Boeddinghaus, Heike Sudmann und Michael Joho

<sup>3</sup> <https://taz.de/Demos-gegen-rechts-am-Wochenende/!6069783/>.

<sup>4</sup> <https://taz.de/Haushalt-der-Bundesregierung-fuer-2025/!6058210/>.

<sup>5</sup> [www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/habeck-verteidigungsausgaben-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/habeck-verteidigungsausgaben-100.html).

<sup>6</sup> [www.zeit.de/news/2025-01/18/tschentscher-akzeptanz-fuer-klimaschutz-nicht-ueberfordern](http://www.zeit.de/news/2025-01/18/tschentscher-akzeptanz-fuer-klimaschutz-nicht-ueberfordern).

<sup>7</sup> [www.abendblatt.de/hamburg/wirtschaft/article408230343/flughafen-hamburg-umweltsenator-fordert-startverbot-nach-23-uhr.html](http://www.abendblatt.de/hamburg/wirtschaft/article408230343/flughafen-hamburg-umweltsenator-fordert-startverbot-nach-23-uhr.html).

Zu guter Letzt noch einige Empfehlungen, die Zeit bis zu den Wahlen anregend, jedenfalls kurzweilig zu verbringen.

Da wäre zum ersten die kämpferische, zweieinhalbminütige **Rede von Heidi Reichinnek**, mit der sie am 29. Januar im Deutschen Bundestag das Paktieren der CDU mit der AfD attackierte. Auf den Social-Media-Plattformen wurde diese Rede rund 30 Millionen Mal angeklickt, die taz erklärte sie daraufhin »quasi zur deutschen Urenkelin der Fahnen schwenkenden Marianne aus der Französischen Revolution.«<sup>1</sup>

Und zum zweiten sei auf die 49-minütige **Kabarett-Sendung »Die Anstalt«** vom 11. Februar aufmerksam gemacht, in der ein satirischer Blick auf den Wahlkampf und die allgemeine Rechtsverschiebung des gesellschaftlichen Diskurses geworfen wird. Diesmal übrigens ohne Max Uthoff,

der wegen seines Wahlauftrufs für DIE LINKE von der Teilnahme an der Sendung Abstand nehmen musste.

Drittens empfehlen wir hier die Aufzeichnung der zweistündigen **Diskussion »Schöner deckeln! Mythen und Fakten zum bundesweiten Mietendeckel«**. Sie hat am 9. Januar im Hamburger Tschaikowsky-Saal mit dem Stadtsoziologen Dr. Andrej Holm, dem Co-Parteivorsitzenden der LINKEN, Jan van Aken, Paulina Domke vom bundesweiten Bündnis »Mietendeckel jetzt!« und Heike Sudmann stattgefunden.

Und vielleicht noch ganz kurz zwei musikalische Beiträge, zum einen der anspruchsvolle Song »Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt« von **Danger Dan**,<sup>2</sup> zum anderen das ebenso wunderbare Lied des **Damenlikörchores** »Gegen Rechts«.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> <https://taz.de/Wahlkampf-der-Linkspartei/!6069707/>

<sup>2</sup> [www.youtube.com/watch?v=mFML30AUtT8](https://www.youtube.com/watch?v=mFML30AUtT8)

<sup>3</sup> [www.damenlikoerchor.de/](https://www.damenlikoerchor.de/)



Auf den kommenden Seiten dokumentieren wir einige Plakate und das Kurzwahlprogramm der Hamburger LINKEN zur Bürgerschaftswahl am 2. März, »am Stück« zu finden im Netz unter [www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/wahlen/buergerschaft2025/Wahlprogramm/DieLinke\\_KWP\\_Neutral\\_Web.pdf](http://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/wahlen/buergerschaft2025/Wahlprogramm/DieLinke_KWP_Neutral_Web.pdf), in englisch, kurdisch, türkisch, arabisch und färsi unter <https://www.die-linke-hamburg.de/buergerschaftswahl/kurzwahlprogramm/>. Wer es ausführlich möchte, schaut in die 35-seitige **Langfassung** mit dem Titel »Gemeinsam für die Vielen – erreichbar durch linke Politik!«.



## »knallt am dollsten« empfiehlt: Links wählen!

Wir danken der Initiative »knallt am dollsten« für die »Abdruckgenehmigung« der nachfolgenden Presseerklärung vom 3. Februar. Und freuen uns natürlich ganz besonders über die inhaltliche Aussage ...

Wir, die Holstenareal-Initiative »knallt am dollsten«, sind eine klassische Bürger\*inneninitiative und setzen auf die verändernde Kraft sozialer Bewegungen. Unser Terrain im Bereich Bauen und Wohnen ist und bleibt der außerparlamentarische Aktivismus. Die Unabhängigkeit von Parteien gehört dazu.

Doch es gibt Situationen, in denen die Kräfteverhältnisse in den Parlamenten von entscheidender Bedeutung sind. Wir erleben heute so einen historischen Moment. Der unsägliche und brandgefährliche Tabubruch von Friedrich Merz bei der Abstimmung über eine Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik mit den Stimmen der AfD ist ein verhängnisvoller Schritt zur Normalisierung des Faschismus. Aber auch andere Parteien haben an einer unverantwortlichen Diskursverschiebung mitgewirkt, bei der Migrant\*innen zu Sündenböcken gemacht werden. Wir sagen: Es reicht! Geht wählen, macht euer Kreuz bei demokratischen Parteien, die sich dem entschieden entgegenstellen.

Und Hand aufs Herz! Wenn wir auf unser ureigenes Anliegen schauen: das Engagement für ein soziales, diverses und klimafreundliches Holstenquartier – wer hat dann den Dialog mit uns gesucht? Wer hat unsere Sache mit Kleinen Anfragen und Anträgen in Bezirksversammlung und Bürgerschaft unterstützt? Und zwar uneigennützig und unter Hintanstellung des Parteiinteresses? Das waren Politikerinnen wie Heike



Erklärung und Foto von der Initiative »knallt am dollsten«

Sudmann und Andrea Benkert, um nur zwei stellvertretend für weitere zu nennen. Deshalb präzisieren wir: Wir brauchen Politikerinnen wie Heike Sudmann in der Bürgerschaft. Wir brauchen eine starke Linke, die sich für soziale Gerechtigkeit und für eine solidarische Gesellschaft einsetzt. Wir brauchen eine Wende hin zu einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik, wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel. Und gerade jetzt brauchen wir eine klare antifaschistische und antirassistische Haltung. »Links wählen« lautet deshalb unsere Empfehlung für die Wahlentscheidungen im Februar und März. Ein Blick in die Wahlprogramme hilft.



### Informationen und Einschätzungen zur aktuellen Wohnungs- und Mietenproblematik gibt es hier:

Die 48-seitige Broschüre »Schöner deckeln! Mythen und Fakten zum bundesweiten Mietendeckel«, verfasst von Andrej Holm, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Dezember 2024.

Die 28-seitige Broschüre »Wohnen macht arm. Die Berücksichtigung von Wohnkosten macht ein bislang unsichtbares Ausmaß an Armut sichtbar«, von Greta Schabram, Jonas Pieper, Andreas Aust, Katja Kipping und Joachim Rock, herausgegeben vom Paritätischen im Dezember 2024.

Der 121-seitige »Wohnungslosenbericht der Bundesregierung« mit Angaben zu »Ausmaß und Struktur von Wohnungslosigkeit« vom Dezember 2024.

# Gemeinsam kämpfen gegen Mietwucher! Ein kleiner Politkrimi in Fortsetzungen

Von Heike Sudmann, MdHB und Co-Spitzenkandidatin für die Bürgerschaftswahl

Mitte November letzten Jahres hat DIE LINKE im Deutschen Bundestag eine bundesweite Kampagne gegen Mietwucher gestartet. Einbezogen sind an diese beispielhafte Aktion Berlin, Dortmund, Erfurt, Freiburg, Hannover, Leipzig, München und eben Hamburg. Die Menschen in diesen Städten wurden per Plakat- und Social-Media-Werbung aufgerufen, einen persönlichen »Mietwucher-Check« durchzuführen und die Daten via einer eigens geschalteten zentralen Mietwucher-App zu übermitteln. Wie erfolgreich die Aktion ist, sei hier an einigen Dokumenten aus den vergangenen Wochen dokumen-

tiert. Den Auftakt bildete dabei unsere Pressemitteilung vom 12. November 2024, in der die Hamburger\*innen um Beteiligung gebeten wurden und auf das positive Beispiel Frankfurt a.M. verwiesen wurden. Zum Teil zeitgleich, zum Teil etwas später passierte Ähnliches auch in den anderen, oben erwähnten Städten. Über 85.000 Bürger\*innen haben sich bis Mitte Februar beteiligt. Und SPD und GRÜNE in Hamburg haben mittlerweile reagiert, nachdem sie zunächst einen Antrag unserer Bürgerschaftsfraktion abgelehnt hatten. Links wirkt, wie dieser kleine Politkrimi unterstreicht.



Aktion der Linksfraktion vor dem Rathaus

## Pressemitteilung der Linksfraktion vom 12.11.2024:

**Mietwucher: Frankfurt erstreitet 419.000 Euro Rückzahlungen, Hamburg nicht einen Cent.**

**LINKE hilft mit einer App**

Zu hohe Mieten werden in Hamburg weiterhin nicht bekämpft. Deshalb beantragt die Linksfraktion in der morgigen Bürgerschaftssitzung, auch in Hamburg offensiv gegen Mietwucher vorzugehen und ihn zu ahnden. Mietwucher nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz liegt vor, wenn die Miete mehr als 20 Prozent über den erlaubten Grenzen liegt. Die zuständigen Behörden – und nicht die Mieter\*innen – müssen dann aktiv werden. Die Stadt Frankfurt am Main hat dabei im Zeitraum von 2020 bis 2022 knapp 1.400 Fälle verfolgt und 419.000

Euro Rückzahlungen an die Mieter\*innen durchsetzen können. Hamburg hat 2020 und 2021 genau vier Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet und sie später allesamt mangels Erfolgsaussichten eingestellt (s. Wohnraumschutzbericht 2021 und Wohnraumschutzbericht 2019 und 2020, für 2022 liegt noch kein Bericht vor).

Dazu Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Hamburg ist ein Paradies für unseriöse Vermieter\*innen. Sie

laufen keine Gefahr, wegen zu hoher Mieten belangt zu werden. Und angesichts unseres überdrehten Wohnungsmarktes akzeptieren Mieter\*innen in ihrer Not oft Wuchermieten und trauen sich nicht, dagegen vorzugehen. Die Stadt Frankfurt hingegen nimmt ihre Verantwortung für die Mieter\*innen ernst und verfolgt Mietwucher konsequent. Damit die Hamburger\*innen sich wehren können, hat die Bundestagsgruppe **DIE LINKE** auch für Hamburg einen Mietwucherrechner unter <https://www.mietwucher.app/de> bereitgestellt. Liegt Mietwucher vor,

können die Daten direkt an die zuständige Behörde weitergeleitet werden, die dann aktiv werden muss. 419.000 Euro Rückzahlungen für die Mieter\*innen in Frankfurt – solche Beträge müssen auch für den rot-grünen Senat ein Ansporn sein, hier endlich aktiv zu werden«.

[Der betreffende Antrag der Linksfraktion (Drs. 22/16708) wurde in der Bürgerschaftssitzung am 13. November 2024 dann übrigens mit den Stimmen SPD, GRÜNEN, CDU und AfD abgelehnt.]

Von der zentralen [Website](#) der Kampagne:



# Zahlst du Wuchermiete?

Jetzt deine Miete überprüfen

### Wuchermieten senken ist möglich

Die Mieten explodieren und werden zu wenig begrenzt. Aber es gibt ein Mittel, Wuchermieten zu senken. Und es sollte viel mehr angewandt werden.

Behörden können hier und heute gegen Mietwucher vorgehen. Wenn du eine überhöhte Miete zahlst, kannst Du das melden. Das Wohnungsamt muss dann ein Bußgeld gegen Deinen Vermieter verhängen und die Miete kann abgesenkt werden. Wir helfen dabei mit dem Mietwucher-Rechner.

Zahlst du eine Wuchermiete? Check es mit dem Mietwucher-Rechner und wehr Dich!

### Pressemitteilung der Linksfraktion vom 30.12.2024: Mietwucher: Senat lässt Hamburgs Mieter\*innen im Regen stehen

Bei überhöhten Mieten und Mietwucher müssen die Bezirksämter gegen die Vermieter\*innen vorgehen. Innerhalb eines Monats sind in Hamburg knapp 200 Verdachtsfälle gemeldet worden, wie aus der Antwort des Senats auf eine aktuelle Anfrage der Linksfraktion (Drs. 22/17335 vom 20.12.2024) her-



vorgeht. In den vierundzwanzig Monaten zuvor waren es für ganz Hamburg insgesamt nur fünf Meldungen. Ursache für den extremen Anstieg ist die »Mietwucher-App«, die Mitte November von der Bundestagsgruppe **DIE LINKE** auch für Hamburg freigeschaltet wurde.

Dazu Heike Sudmann: »Der Senat lässt die Mieter\*innen bei völlig überhöhten Mieten im Regen stehen. Statt sie zu unterstützen, schreckt er sie mit formalen Schreiben und umständlichen Fragebögen ab. Ganz anders die Stadt Frankfurt am Main, die Mieter\*innen in ihrem Vorgehen ermutigt und ihnen in dem aufwendigen Verfahren hilfreich zur Seite steht. Ich fordere den Senat auf, die Mieter\*innen besser zu schützen.«

Frankfurt berät Mieter\*innen offensiv bei Mietpreiserhöhung,<sup>1</sup> was zu jährlich rund 200 Meldungen führt. Die Stadt konnte für die Mieter\*innen Rückzahlungen und Bußgelder von mehreren Hunderttausend Euro erstreiten, obwohl das zugrunde liegende Wirtschaftsstrafgesetz mit dem Paragraphen 5 dringend verbessert werden muss. In einer Bundestagsanhörung verwies die Frankfurter Sachverständige darauf,<sup>2</sup> dass die Zahl der Verdachtsfälle und der von Frankfurt geführten Verfahren mit der Krise auf dem Wohnungsmarkt steigt. Der Hamburger Senat hingegen begründet seine Passivität mit den rechtlichen Schwierigkeiten und einem notwendigen hohen Personaleinsatz. Ein Antrag der Linksfraktion für mehr und bessere Aktivitäten wurde gerade abgelehnt [siehe weiter oben].



Von der Homepage der Hamburger Linksfraktion

### Pressemitteilung der Linksfraktion vom 10.1.2025:<sup>3</sup>

#### Mietwucher: 200 Verdachtsfälle in einem Monat

Zu hohe Mieten sind in Hamburg der Normalfall – und absolut nichts Neues. Häufig aber sind die Mieten so hoch, dass sie gegen das Gesetz verstoßen. Und das wurde lange kaum geahndet. Gerade mal fünf Verdachtsfälle in zwei Jahren haben Hamburgs Behörden bearbeitet – bis zu diesem Dezember. Danach stieg die Zahl schlagartig auf ca. 200. In nur einem Monat!

Warum auf einmal so viele? Die Ursache ist relativ einfach zu finden: Mitte November hat die Bundestagsgruppe der Linken ihren neuen Mietwucher-Rechner online gestellt, zunächst für die Städte Berlin, Leipzig, Freiburg und Hamburg. Und der wird massenhaft genutzt.

<sup>1</sup> <https://frankfurt.de/themen/planen-bauen-und-wohnen/wohnen/mietrechtliche-beratung/mietpreisueberhoehung>.

<sup>2</sup> [www.bundestag.de/resource/blob/990266/e7dfdbbfc7cf508120d9405f9de3af7b/Stellungnahme-Wagner\\_AfW.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/990266/e7dfdbbfc7cf508120d9405f9de3af7b/Stellungnahme-Wagner_AfW.pdf).

<sup>3</sup> [www.linksfraktion-hamburg.de/gemeinsam-kaempfen-gegen-mietwucher/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/gemeinsam-kaempfen-gegen-mietwucher/).

#### Miete checken geht ganz einfach

Mit dem Online-Angebot kann man in wenigen Minuten herausfinden, ob man möglicherweise eine Miete zahlt, die so hoch ist, dass sie gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt. Adresse eingeben, Nettokaltmiete und ein paar weitere Infos hinzufügen, fertig. Auf Wunsch werden die Fälle direkt an die zuständigen Behörden gemeldet.

Man muss keine negativen Konsequenzen befürchten, wenn man einen Verdacht auf Mietwucher meldet. Anders als bei der Mietpreisbremse oder bei der Abwehr einer Mieterhöhung muss man seinen Vermieter/seine Vermieterin nicht selbst kontaktieren. Das macht in diesem Fall das Wohnungsamt.

#### Mietwucher ist eine Straftat!

Nach der Verdachtsmeldung übernimmt das Amt die Ermittlungen und bittet um weitere Informationen, z. B. genaue Daten der betroffenen Wohnung. Je mehr Infos man übermittelt, desto größer sind die Chancen. Erhärtet sich der Verdacht auf Mietwucher, wird sich das Amt bei Deinem Vermieter melden und ihn zur Mietsenkung auffordern.

Liegen die Mieten mehr als 20 Prozent über den erlaubten Grenzen, gelten sie als überhöht. Ab 50 Prozent Überschreitung handelt es sich um Mietwucher nach Paragraph 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes (WiStrG). Im besten Fall kann man sich zu viel gezahlte Mieten sogar zurückholen!

#### Die Behörden werden erst aktiv, wenn man sie einschaltet

Warum die Behörden überhaupt den Anstoß von links brauchen, um aktiv zu werden? Das fragen wir uns auch! Längst hätte auch in Hamburg viel mehr passieren können. In Frankfurt am Main etwa berät die Stadt Mieter\*innen offensiv im Fall von Mietpreisüberhöhung, was bereits zu Rückzahlungen für die Mieter\*innen und Bußgeldern für die Vermieter\*innen in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro geführt hat.

Im rot-grün regierten Hamburg hingegen ist in der Hinsicht bislang praktisch nichts geschehen: »Der Senat lässt die Mieterinnen und Mieter bei völlig überhöhten Mieten im Regen stehen. Statt sie zu unterstützen, schreckt er sie mit formalen Schreiben und umständlichen Fragebögen ab«, kritisiert Heike Sudmann.

#### Aktiv werden lohnt sich!

Machen wir also weiter! Wir in der Bürgerschaft, indem wir SPD und GRÜNE politisch unter Druck setzen, dass sie endlich was für die Rechte der Mieter\*innen tun. Und alle Mieter\*innen, indem sie sich gegen Wuchermieten wehren!

[Hier](#) gehts zur Mietwucher-Check-App.



Plakatwerbung für die Aktion Mietwucher-Check-App in Hamburg (Foto: M. Joho)

### **Pressemitteilung der Linksfraktion vom 11.2.2025:**

#### **Links wirkt gegen Mietwucher:**

#### **SPD und Grüne greifen Initiative der LINKEN auf**

SPD und GRÜNE in Hamburg haben heute mitgeteilt, dass sie eine Anlaufstelle gegen Mietwucher auf den Weg bringen wollen. Vor drei Monaten lehnten sie einen Antrag der Linksfraktion, der die Übernahme des erfolgreichen Frankfurter Modells auch für Hamburg forderte, noch rundherum ab. Mittlerweile hat die Mietwucher-App für Hamburg, die von der Bundestagsgruppe DIE LINKE im November auf den Weg gebracht wurde, gezeigt, wie oft in Hamburg überhöhte und Wuchermieten gefordert werden: Ende Januar hatten bereits 13.000 Mieter\*innen ihre Miete mithilfe der App überprüft. 381 von ihnen haben sich von der Bürokratie nicht abschrecken lassen und ihre Fälle beim Bezirksamt gemeldet. Sollten die Bezirksamter in diesen Fällen erfolgreich gegen die Vermieter\*innen vorgehen, könnten laut Berechnung der Bundestagsgruppe insgesamt monatlich bis zu 90.000 Euro Miete eingespart werden.

»Die Mietwucher-App der LINKEN zeigt Wirkung. Gut informierte Mieter\*innen wehren sich gegen die überhöhten Mieten. In den Vorjahren gab es ganze fünf Meldungen bei den Bezirksamtern, jetzt sind es innerhalb von drei Monaten knapp 400. Bei dieser enormen Steigerung müssen auch SPD und GRÜNE einsehen, dass die Mieter\*innen in Hamburg besser geschützt werden müssen. Wie gut, dass sie jetzt als ersten Schritt eine Anlaufstelle einrichten wollen«, so Heike Sudmann.

**BUNDESWEITER MIETENDECKEL JETZT!**

**MIETEN RUNTER, DECKEL DRAUF!**

**Mieterhöhungen stoppen!**

**Neue Mietverträge deckeln!**

**Überteuerte Mieten absenken!**

**MIETEN DECKEL JETZT!**

#### **Mietendeckel gegen Wohnungskrise:**

Die Mieten explodieren, die Zahl der Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnungen nimmt ab, Eigenbedarfskündigungen häufen sich und die Wohnungslosigkeit steigt. Wer umziehen muss, findet keine bezahlbare Wohnung. Das muss sich endlich ändern: **Die Mieten müssen runter!**

#### **Bundesweiter Mietendeckel für sicheres Wohnen**

Wir vom Bündnis Mietendeckel jetzt! fordern von der neuen Regierung:

#### **Einen sofortigen Mietestopp**

der Mieterhöhungen in ganz Deutschland für sechs Jahre verbietet. **Damit niemand Angst vor einer Mieterhöhung haben muss!**

#### **Begrenzung der Miethöhen**

Klare Obergrenzen für Neuvermietungen, die sich an regional angemessenen Preisen orientieren. **Damit bei neuen Mietverträgen nicht mehr horrenden Mieten verlangt werden!**

#### **Absenkung überteuerteter Mieten**

Diese Miet-Obergrenzen gelten auch für bestehende Mietverträge. Wenn eine Miete zu hoch ist, muss sie auf die erlaubte Miethöhe abgesenkt werden. **Damit überteuerte Wohnungen wieder bezahlbar sind!**

#### **Deine Stimme für bezahlbare Mieten:**

[www.mietendeckel-jetzt.org](http://www.mietendeckel-jetzt.org)

Mietendeckel jetzt! ist die Kampagne eines bundesweiten Bündnisses von Mietervereinen bis zu Mietinitiativen.

✉ [info@mietendeckel-jetzt.org](mailto:info@mietendeckel-jetzt.org)

📱 [@mietendeckel\\_jetzt](https://www.instagram.com/mietendeckel_jetzt)



Von der Homepage der bundesweiten Kampagne ([https://mietendeckel-jetzt.org/download/mietendeckel\\_jetzt\\_flyer.pdf](https://mietendeckel-jetzt.org/download/mietendeckel_jetzt_flyer.pdf))



**Und nicht zu vergessen: Der Kampf gegen Mietwucher ist das eine, die grundsätzliche Verbesserung durch Einführung eines bundesweiten Mietendeckels das andere! DIE LINKE ruft auf zur Beteiligung an der bundesweiten Kampagne.**

### **Mitteilung der Bundestagsgruppe DIE LINKE vom 14.2.2025:**

#### **85.000 Nutzungen von Mietwucher-App der LINKEN – Millioneneinsparungen möglich**

Über 85.000 Haushalte in 8 Städten haben über <https://www.mietwucher.app/> geprüft, ob sie überhöhte Mieten zahlen. Über 3.000 Verdachtsmeldungen auf Mietpreisüberhöhungen wurden an die zuständigen Wohnungsämter verschickt. In diesen 3.020 Fällen wurde der Mietspiegel unseren Berechnungen nach<sup>1</sup> im Durchschnitt um ganze 65% überschritten. Bei über der Hälfte der Meldungen liegt mit einer Überschreitung des Mietspiegels um mehr als 50% ein Verdacht auf eine Straftat nach § 291 StGB vor.

Überhöhte Mieten können mit Bußgeld belegt und gerichtlich abgesenkt werden. Wenn die zuständigen Wohnungsämter den allein über die Mietwucher-App der Linken Fällen engagiert nachgehen und die Absenkung der Mieten durchsetzen, können allein diese 3.000 Haushalte unseren Berechnungen nach monatlich bis zu 744.000 € überhöhte Miete einsparen, 246 € pro Haushalt. Auf das Jahr gerechnet sind das fast 9 Mio. €. Die Mietpreisüberhöhungen in der Summe aller Nutzungen über die App beläuft sich sogar auf 16,5 Mio. Euro pro Monat, fast 200 Mio. Euro im Jahr. Viele Schrecken jedoch aus Angst vor Ärger mit dem Vermieter zurück, ihre Fälle zu melden.

Dazu Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der Bundestagsgruppe DIE LINKE: »Eine dreiviertel Million Euro zahlen allein die 3.000 Mieterinnen und Mieter zu viel, die Mietpreisüberhöhungen über die Mietwucher-App der LINKEN an die Ämter gemeldet haben. Viele Mieterinnen und Mieter schrecken davor zurück, überhöhte Mieten tatsächlich zu melden. Wo sie es tun, müssen die Ämter diese Meldungen jetzt engagiert verfolgen, um die Mieterinnen und Mieter zu entlasten. Wir als LINKE im Bundestag machen Druck, die Spielräume auszuschöpfen und helfen ganz praktisch. Die Mieten müssen gestoppt, gedeckelt und gesenkt werden.

Mietwucher muss stärker bekämpft werden. Dazu braucht es eine Reform, welche der Bundesrat ebenso fordert, wie DIE LINKE im Bundestag. Von CDU, FDP, aber auch GRÜNE und SPD im Bundestag haben sich dem verweigert.

Aber Stadtverwaltungen können bereits heute viel aktiver gegen Wuchermieten vorgehen, als es geschieht. Das Wohnungsamt in Frankfurt a.M. macht es vor: Seit 2020 konnten in über 1.000 Fällen Rückzahlungen überhöhter Mieten von insgesamt über 330.000 € erreicht werden.«<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Aufgrund der teilweise starken Vereinfachungen des Rechners im Vergleich zur Mietspiegelerfassung lässt sich die ortsübliche Vergleichsmiete in vielen Fällen nicht abschließend bestimmen. Die ortsübliche Vergleichsmiete muss in jedem Einzelfall noch mal durch das Wohnungsamt geprüft werden.

<sup>2</sup> Der Widerspruch zwischen den unterschiedlichen Rückzahlungs-

Ab 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete ist von Mietpreisüberhöhung auszugehen, was nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz mit Bußgeld belegt werden kann. Ab 50 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete, wird von Wuchermiete gesprochen, was strafrechtlich verfolgt werden kann.

Die Mietwucher-App der Linken im Bundestag bietet die Möglichkeit, die Mieten mit dem Mietspiegel abzugleichen und überhöhte Mieten zu melden. Seit 13 Wochen ist der Mietwucher-Rechner für die Städte Berlin, Hamburg, Leipzig und Freiburg mittlerweile online. Aufgrund der hohen Nachfrage und breiten Berichterstattung haben wir den Rechner Ende Dezember erweitert auf die Städte München, Dortmund, Erfurt und am 6. Januar ist Hannover dazu gekommen.

#### **Bilanz Berlin**

Angesichts der angespannten Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist es nicht verwunderlich, dass der Rechner hier am meisten genutzt wurde. Fast 38.000 Mieter\*innen haben ihre Miete geprüft und insgesamt 1.461 Meldungen an die zuständigen Bezirksämter verschickt. In diesen 1.461 Fällen wurde der Mietspiegel unseren Berechnungen nach im Durchschnitt um ganze 73 % überschritten. Würden die zuständigen Wohnungsämter diesen Fällen engagiert nachgehen und die konsequente Absenkung überhöhter Mieten durchsetzen, könnten allein diese 1.185 Haushalte unseren Berechnungen nach monatlich über 400.000 € überhöhte Miete einsparen. Die berechnete ortsübliche Vergleichsmiete lag in diesen Fällen im Schnitt bei 8,60 €/m<sup>2</sup>, wobei tatsächlich Nettokaltmieten von durchschnittlich 14,30€/m<sup>2</sup> verlangt wurden.

#### **Bilanz Hamburg**

Auf Platz 2 steht Hamburg mit 13.000 Mieter\*innen, die ihre Miete überprüft haben. Knapp 500 Meldungen wurden hier an die zuständigen Bezirksämter verschickt. In diesen 477 Fällen wurde der Mietspiegel unseren Berechnungen nach im Durchschnitt um ganze 61% überschritten. Würden die zuständigen Wohnungsämter diesen Fällen engagiert nachgehen und die Absenkung der Mieten durchsetzen, könnten diese 381 Haushalte unseren Berechnungen nach monatlich bis zu 118.572,08 € überhöhte Miete einsparen. Die berechnete ortsübliche Vergleichsmiete lag in diesen Fällen im Schnitt bei 10,15€/m<sup>2</sup>, wobei tatsächlich Nettokaltmieten von durchschnittlich 16,36€/m<sup>2</sup> verlangt wurden. [...]

summen 419.000 € (12.11.2024) und 330.000 € (PM vom 14.2.2025) konnte auf die Schnelle nicht geklärt werden.

## Zur Bundestagswahl am 23. Februar

Im Bürger\*innenbrief beschäftigen wir uns naturgemäß vor allem mit den Hamburger Entwicklungen, deswegen nur ein kurzer Blick auf die Bundestagswahl. Wen das Programm der LINKEN interessiert, wer die letzten Reden unserer Shootingstars Heidi Reichinnek und Jan van Aken nachhören möchte, whatever, wird hier fündig. Ein Beispiel:



Das Fazit des Mieterbundes laut taz vom 4.2.2025: »Die SPD macht »gute Vorschläge«, die Grünen hätten ein »mieterfreundliches Programm«, BSW sei ambitioniert, die Linke habe aber

mit Abstand das »umfangreichste und mieterfreundlichste Wahlprogramm«. Die Union sei »zu unkonkret«, das Programm der FDP führe zu deutlichen Verschlechterungen«.

# Ein echter Schulfrieden für Hamburg

Von Luzian Massarrat und Sabine Boeddinghaus

Es ist nicht immer leicht, an einem Samstag früh aufzustehen und sich trotz Januar-Kälte auf den Weg nach Rotherbaum zu machen. Wenn es aber darum geht, Ideen für einen neuen – und diesmal einen richtigen – Schulfrieden zu sammeln, dann sind viele Akteur\*innen aus den Hamburger Schulen auch samstags voller Freude dabei. Mit knapp 60 Teilnehmenden bearbeiteten wir am 18. Januar auf dem Schulfriedensgipfel im Curio-Haus in vier Workshops Probleme und Lösungen für Hamburgs Schulen. Eingeladen hatte ein Bündnis aus Linksfraktion, Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg (GEST), Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Fachschaftsrat des Lehramts an allgemeinbildenden Schulen an der Universität Hamburg, Eltern, Schüler\*innen und Lehrkräften.



Veranstaltungsmomente (Fotos: Luzian Massarrat)

Bei hervorragender Stimmung und leckerem Essen hatten die Teilnehmer\*innen die Möglichkeit in zwei Durchgängen an vier Workshops »Inklusive und integrative Schule«, »Gerechte und gesunde Schule«, »Demokratische und partizipatorische Schule« und »Zukunftsfähige und zielorientierte Schule« teilzunehmen. Darin erarbeiteten sie zentrale Herausforderungen und entsprechend viele Ansätze zur Verbesserung.

Bei aller Verschiedenheit der Ideen gab es große Einigkeit über eines: Wie es ist, darf es nicht bleiben. Erfreulicherweise konnten wir auch eine breite Palette an konkreten Verbesserungsvorschlägen erarbeiten – von der simplen Forderung, Schulessen kostenfrei zur Verfügung zu stellen bis zu visionären Ideen, wie Prüfungsformate grundlegend zu verändern und mehr auf Kompetenzen auszurichten. Während manche Ideen heiß diskutiert wurden, waren andere schnell Konsens: Schule müsse mehr vom Kind aus gedacht werden; die Schüler\*innen, ihr Wohl und ihre Interessen müssen im Zentrum der Gestaltung stehen. Auch Bestand große Einigkeit, ein neuer Schulfrieden könne nur gemeinsam mit den Beteiligten entworfen und beschlossen werden. Dass Abschulen unnötigen Stress bringt und Medienbildung – auch der Lehrkräfte – strukturell besser angegangen werden müsse, war Konsens.

Der Schulstrukturfrieden läuft mit dem Ende der Legislatur aus. In der letzten Dezemberausgabe des Bürger\*innenbriefs blickten wir zurück auf seine Historie (S. 8). [Hier geht's zum Artikel.](#)

Für erfolgreiche Inklusion befürworteten die Workshops, jedem Kind individuelle Kompetenzen und Lehrpläne zuzuordnen, um Inklusion vollständig zu erreichen.

Um die breite Ideensammlung in politische Energie umzusetzen, trafen sich Vertreter\*innen der Bündnisse im Nachgang des Gipfels in kleinerer Runde und erarbeiteten gemeinsame Forderungen, welche Punkte und Veränderungen in einer schüler\*innenorientierten Neuauflage des Schulfriedens nicht fehlen dürfen. Nun gilt es, die erarbeiteten Forderungen



einzubringen und hochzuhalten, damit ein neuer Schulfrieden unter breiter demokratischer Beteiligung auch die nötigen Verbesserungen für Hamburgs Schulen bringen kann.



# Eintrittserklärung oder: So gehts auch!

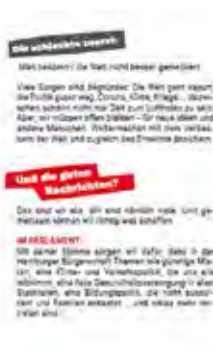
Von Steffen Jörg, Aktivist der hamburgischen Recht-auf-Stadt-Bewegung

So, jetzt habe ich es (auch) getan. Ich bin gerade Mitglied in der Partei DIE LINKE geworden. Dieser Schritt ist nicht widerspruchsfrei und doch mache ich ihn jetzt gerade sehr bewusst und hiermit auch öffentlich.

Seit meiner politischen Sozialisierung (und die war eher spät in meinem Leben) habe ich mich in der außerparlamentarischen linken Bewegung verortet und tue dies bis heute. In meiner ganzen politisch aktiven Zeit hatte und habe ich immer ein skeptisches Verhältnis zu parlamentarischer Politik und Parteien. Der Weg der GRÜNEN ist dabei für mich das Paradebeispiel, dass diese Skepsis und mein Misstrauen in Parteien bestätigt. Ich bin weiterhin der festen Überzeugung,

dass radikale gesellschaftliche Veränderung und Emanzipation (und selten war sie so wichtig wie heute) »auf der Strasse« und in gesellschaftlichen Bewegungen erkämpft wird und nicht dadurch, dass ich mein Kreuz an der richtigen Stelle mache oder in eine Partei eintrete.

Und doch finde ich es für mich gerade den richtigen Schritt, der LINKEN beizutreten. Angesicht der momentanen gesellschaftlichen Entwicklungen und der Faschisierung der Gesellschaft finde ich es wichtig diese Partei zu stärken und zu unterstützen, dadurch, dass ich dies öffentlich mache und auch durch meine Mitgliedsbeiträge. Denn schließlich ist DIE LINKE die einzige Partei, die keine Großspenden annimmt.



# Soll es Milliardäre geben?

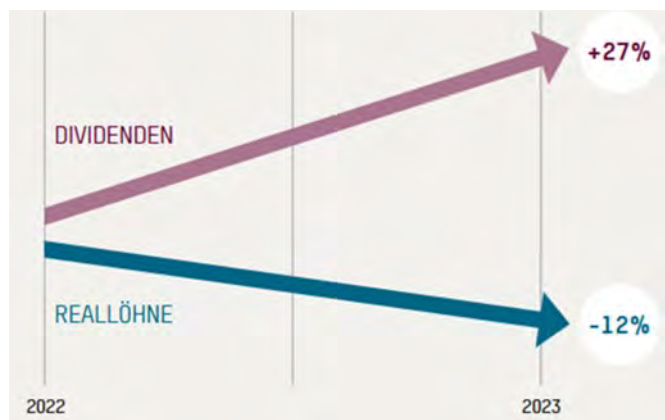
## Wie die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen Rechtsstaat und Demokratie gefährdet

Von David Stoop

Mit einem einfachen Satz hat sich der Spitzenkandidat der LINKEN für den Bundestag, Jan van Aken, bundesweit ins Gespräch gebracht: »Ich bin der Meinung, es soll keine Milliardäre geben«. Von vielen wurde dieser Satz als reine Provokation abgetan, dabei hat diese Aussage einen realen Hintergrund. Der Reichtum einiger weniger Milliardäre wächst, während das reale Einkommen vieler Lohnabhängiger sinkt und sie nicht wissen, wie sie durch den Monat kommen sollen. Dass ausgerechnet die aus Arbeit erwirtschafteten Einkommen zurückgehen, während leistungslose Einkommen aus Erbschaften und Dividendenausschüttungen wachsen, verstärkt die gesellschaftliche Ungleichheit und bremst die wirtschaftliche Entwicklung durch die Schwächung der Binnennachfrage. Dass viel Geld in den Taschen der Superreichen landet, merkt auch der Staat. Der Klassenkampf von Oben wird mit allen legalen und zum Teil auch illegalen Mitteln geführt und hat vor allem ein Ziel: eine wirksame Besteuerung des vorhandenen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit zu verhindern.

Das bekannteste Beispiel für die Aussetzung jeder Form von Steuergerechtigkeit in Hamburg ist sicherlich der im großen Stil von Banken betriebene Cum-Ex-Steuerraub. Der Hamburger Untersuchungsausschuss zum Warburg-Fall und der Verstrickung von Tschentscher und Scholz in die Machenschaften der Bank steht kurz vor dem Abschluss. In einer folgenden Ausgabe des Bürger\*innenbriefes werden wir nochmal ausführlich dokumentieren, auf welche Weise sich Scholz und Tschentscher die Interessen der Banker zu eigen gemacht haben und welche Konsequenzen aus den Cum-Ex-Machenschaften für die Steuerverwaltung gezogen werden müssen. Im Folgenden werden drei gänzlich andere Fälle dargestellt, die deutlich machen, wie Steuergerechtigkeit in Deutschland

### Entwicklung Dividenden und Reallöhne in Deutschland



Aus dem *Oxfam-Bericht* »Milliardärs-Macht beschränken, Demokratie schützen« vom Januar 2025.

zugunsten der Superreichen negiert wird.

### Eine Steuer als reine Theorie? – Das Steuer-Paradox der Vermögenssteuer

Dass die LINKEN sich seit ihrer Gründung für eine Vermögenssteuer einsetzt, wissen inzwischen viele. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass es bereits eine Vermögenssteuer in Deutschland gibt. Diese ist nie außer Kraft getreten, sondern wird seit 1997 lediglich nicht mehr erhoben. Für normale Steuerzahler\*innen erscheint das zu Recht unlogisch: Wie kann eine Steuer in Kraft sein, die faktisch nicht erhoben wird? Der Grund hierfür ist, dass das Verfassungsgericht 1995 entschieden hat, dass die veraltete Berechnungsgrundlage der Immobilienvermögen nicht weiter als Grundlage der Besteuerung herangezogen werden darf. Anstatt die Werte des Immobilienbesitzes neu zu ermitteln, entschied die damalige Parlamentsmehrheit aus CDU und FDP, die Steuer einfach nicht mehr zu erheben. Der finanzielle Schaden dieser Entscheidung ist erheblich: Berechnungen von Oxfam zufolge sind dem Staat durch die Aussetzung der Vermögenssteuer bis heute Steuereinnahmen in Höhe von 380 Milliarden Euro entgangen. Nachfolgende Regierungen von Rot-Grün bis zur Ampel hielten es jedoch nicht für nötig, daran etwas zu ändern.

Dabei gäbe es bei der Vermögenssteuer einiges zu holen: Das Privatvermögen der Deutschen beträgt rund 18 Billionen Euro. Die Hälfte der Bevölkerung allerdings besitzt so gut wie nichts. Der Reichtum konzentriert sich am oberen Ende der Einkommensskala. Und: Die Vermögen sind oft geerbt und keineswegs erarbeitet. Die Vermögenssteuer wäre daher auch ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit. Und sie käme als Landessteuer direkt dem Hamburger Haushalt zugute. Zu jeder Haushaltsverhandlung stellt die Linksfraktion deshalb den Antrag, Hamburg möge sich im Bundesrat für eine Initiative zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer bemühen.

### Armer armer Milliardär: Wie reiche Erben sich bei der Erbschaftssteuer arm rechnen

Die relevanteste vermögensbezogene Steuer ist die Schenkungs- und Erbschaftssteuer. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland Vermögen im Wert von mindestens 121,5 Milliarden Euro verschenkt oder vererbt. Die reale Zahl liegt weit darüber, da die Beträge unterhalb der Freibeträge (von beispielsweise 500.000 Euro für Ehepaare) nicht in die Gesamtsumme eingerechnet werden. Hieraus wurden Steuereinnahmen von 11,8 Milliarden Euro generiert. Dieser Betrag könnte jedoch erheblich höher liegen, denn die Erbschaftssteuer ist von zahlreichen Ausnahmen und Sonderregeln durchlöchert, die eines gemeinsam haben: Sie dienen den ganz Reichen. Die sogenannte Verschonungsbedarfsprüfung beispielsweise sorgt dafür, dass Millionenerben von der Steuerbehörde als bedürftig eingestuft werden können und sie keine Erbschafts-

steuer zahlen müssen. Die Regelung gilt ab einem Erbe von mehr als 26 Millionen Euro. Erbt jemand ein reines Betriebsvermögen, der oder die kein eigenes Vermögen hat, kann die Person von der Steuer befreit werden.



Aus dem Oxfam-Bericht vom Januar 2025

Diese Regelung hat in einem besonders krassen Fall Matthias Döpfner genutzt: Dieser erhielt eine Schenkung von 1 Milliarde Euro in Form von Springer-Aktien. Sein Vermögen hatte er zuvor ebenfalls in Springer Aktien investiert. Da er hiernach kein eigenes »betriebsfremdes« Vermögen mehr besaß, konnte er sich für »bedürftig« erklären und die Steuer vermeiden. Naturgemäß kann die Verschonung großer Betriebsvermögen nur von den ganz Reichen in dieser Gesellschaft reklamiert werden. Das Gleiche gilt für diverse andere Arten der Steuervermeidung, beispielsweise durch die Einrichtung von Familienstiftungen. Berechnungen von Finanzwende e.V. zufolge haben die Lücken und Schlupflöcher der Erbschaftssteuer zu Einnahmeverlusten in Höhe von 77 Milliarden Euro geführt. Geschlossen wurden die Lücken, trotz zahlreicher Anträge der Linken im Bundestag und in der Hamburgischen Bürgerschaft, bis heute nicht.

### Des Kaisers Privilegien: Der Steuersumpf im Bismarck'schen Sachsenwald

Ein besonders skurriles Beispiel dafür, mit welchen Tricks sich die Reichen ihrem gerechten Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens entziehen, liefert die Familie Bismarck. Diese befindet sich seit einer Schenkung Kaiser Wilhelms an Otto von Bismarck im Besitz des nördlich von Hamburg gelegenen Sachsenwaldes. Den Bismarcks wurde allerdings nicht nur der Wald vermacht, sondern dieser wurde auch noch zum gemeinfreien Gebiet erklärt, in dem ein eigener Gewerbesteuer-Hebesatz gilt. Dieser fällt besonders niedrig aus.

Einer gemeinsamen Recherche des Teams vom »ZDF Magazin Royale« und von »FragdenStaat« haben 21 Unternehmen ihren Unternehmenssitz in einer Waldhütte im Sachsenwald bei Hamburg gemeldet. Die Gegend befindet sich im Besitz der Familie Bismarck. Die Recherchen legen den Verdacht

nahe, dass die Unternehmen einen Sitz im Sachsenwald nur vortäuschen, um von der dort geltenden günstigen Gewerbesteuer zu profitieren – faktisch werden die Geschäfte an anderem Ort geführt. Mit Unternehmen der Logistikgruppe Aves One GmbH und mit dem Energie-Investor Luxcara Energy GmbH sind zwei Firmen betroffen, deren wirkliche Geschäftstätigkeit den Recherchen zufolge in Hamburg durchgeführt werden – und nicht in Bismarcks Holzhütte. Aufgrund des bestehenden Anfangsverdachts auf Steuerhinterziehung habe ich zusammen mit Lorenz Gösta Beutin von der LINKEN in Schleswig-Holstein Anzeige gegen die in den Recherchen erwähnten Hamburger Firmen und Einzelpersonen erstattet. Inzwischen gibt es in Schleswig-Holstein überparteiliche Bestrebungen, die von Familie Bismarck zur Förderung von Steuerhinterziehung genutzten kaiserlichen Privilegien endlich abzuschaffen und den Sachsenwald in eine umliegende Kommune einzugemeinden.

Diese Beispiele machen eines deutlich: Die Milliardäre dieses Landes kämpfen mit allen Tricks und Methoden dafür, ihren politischen Einfluss und ihre Vermögen zu vergrößern und ihren Beitrag zum Gemeinwesen verschwindend gering zu halten. Ihren Reichtum setzen sie dazu ein, ihre Interessen mit Hilfe willfähiger Lobbyist\*innen, Rechtsanwält\*innen, Wissenschaftler\*innen und Politiker\*innen durchzusetzen. Gegen diese machtvolle Interessensvertretung hilft es nur, sich zu organisieren und demokratische Gegenmacht aufzubauen. DIE LINKE leistet dazu einen kleinen Beitrag im Parlament. Linke Opposition kann wirken, allerdings nur dann, wenn es eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung gibt, die der Interessensvertretung der Herrschenden etwas entgegensetzt.

*\*David Stoop ist stellvertretender Vorsitzender der Hamburger Linksfraktion und Kandidat für die Bürgerschaftswahl*

## Tipps und Termine

Die am 20. Januar publizierte 57-seitige **Publikation** zum Thema **Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2025: Finanzielle Auswirkungen. Mit Informationen zu fiskalischen Wirkungen** ist bereits durch die Medien gegeistert. Herausgegeben wurde das Gutachten vom ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, hinsichtlich der etwaigen Nähe zur LINKEN ganz unverdächtig. Dafür ist das Ergebnis umso deutlicher: Während die AfD, die FDP, die CDU/CSU und auch die SPD vor allem die hohen Einkommen steuerlich entlasten wollen – und zwar in dieser Reihenfolge – und sich die GRÜNEN und das BSW diesbezüglich zurückhalten ist es alleine DIE LINKE, die den Gutverdiener\*innen über 180.000 Euro Bruttojahreseinkommen Geld abzwacken will, zugunsten der Geringverdiener\*innen unter 40.000 Euro Bruttoeinkommen.

VERÄNDERUNG DES VERFÜGBAREN JAHRESEINKOMMENS  
EHEPAAR 2 KINDER ALLEINVERDIENER

BRUTTOEINKOMMEN (in Euro)	SPD	LINKE	B'90/ GRÜNE	FDP	CDU/CSU	AFD	BSW
40.000	860	6.150	870	-1.520	300	-440	1.010
60.000	1.300	6.980	960	4.800	850	5.400	1.790
80.000	1.400	7.050	810	4.050	1.440	9.630	1.600
120.000	1.520	5.180	670	7.890	2.770	12.310	1.220
180.000	2.200	-800	100	11.990	5.840	19.190	0

MUSTERHAUSHALT EHEPAAR MIT ZWEI KINDERN, ALLEINVERDIENER.

Von der ZEW-Homepage [www.zew.de/presse/pressearchiv/wen-die-parteien-entlasten-wuerden](http://www.zew.de/presse/pressearchiv/wen-die-parteien-entlasten-wuerden)

Einen interessanten Beitrag zur immer wieder vor Wahlen angefachten Debatte um die angeblich mangelnde Sicherheit hat die Universität Hamburg geliefert. Auch wenn der **Abschlussbericht des Projekts »Räume der Sicherheit in unsicheren Zeiten: Eine sichere Stadt für alle (SiSta)«** schon etwas älter ist, nämlich vom Ende 2023, lohnt doch der Blick in das **32-seitige Papier**. Im Schlusskapitel heißt es in Auswertung von 125 Interviews mit Hamburger\*innen: »Neben den zu erwartenden Forderungen nach einer verstärkten Polizeipräsenz und konsequenter Strafverfolgung wurde workshopübergreifend die Bedeutung nachbarschaftlicher Begegnungs- und Vernetzungsorte betont. Des Weiteren wurde auf die Notwendigkeit eines sozialen

Ausgleichs in der Gesellschaft sowie die Vermeidung prekärer Lebens- und Wohnverhältnisse hingewiesen und die Gestaltung des öffentlichen Raumes – insbesondere im Blick auf Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit und Beleuchtung – thematisiert. Ferner wurden Schutzräume für verschiedene Gruppen (von partnerschaftlicher Gewalt Betroffene, FLINTA\* und Obdachlose) als wichtige Elemente einer sicheren Stadt für alle hervorgehoben. Die Teilnehmer:innen betonten zudem die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt« (S. 29).

Um **Gehwege – Radwege – Mischwege** geht es in einem am Mitte Januar veröffentlichten zwölfseitigen **Material** des Fachverbandes Fussverkehr Deutschland **FUSS e.V.** Dietmar Rudolph erläutert darin nötige Regeln für Verkehrsteilnehmer\*innen, Planende und Behörden ([www.fuss-ev.de/wp-content/uploads/2024/12/Werkstatt-Gehwege\\_Radwege\\_Mischwege.pdf](http://www.fuss-ev.de/wp-content/uploads/2024/12/Werkstatt-Gehwege_Radwege_Mischwege.pdf)). Der Verein hat überhaupt eine ganze Reihe von Publikationen herausgegeben, die den Blick auf dessen Homepage lohnen lassen.



Eine **neue Studie zur Verkehrssituation und Entlastung des Hauptbahnhofs** hat die **Linksfraktion** Anfang Februar vorgelegt. Sie trägt den Titel »Hauptbahnhof plus. Vier zusätzliche Bahnsteiggleise plus zweite Elbquerung ans Hbf-Entlastungstunnel (HET)«. Vorgelegt wurde die **32-seitige Schrift** von den Verkehrsexperten Dieter Doege und Jens Ode im Auftrag der Fraktion. Sie fand nicht nur medial viel Aufmerksamkeit. Bleibt zu hoffen, dass die so dringend notwendige Entlastung des Hauptbahnhofs wirklich kommt. (S. *Titel nächste Seite*).

## Studie Hauptbahnhof Plus

Vier zusätzliche Bahnsteiggleise plus zweite Elbquerung als Hbf-Entlastungstunnel (HET)



ARGE  
Dieter Doege und Jens Ode  
im Auftrag der Fraktion  
Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft



In letzter Zeit sind allerhand Analysen zu den **Inhalten der AfD-Politik** veröffentlicht worden. Greifen wir dazu zwei **Ausführungen aus gewerkschaftlichen Zusammenhängen** heraus, die sich mit der Mär auseinandersetzen, diese Partei vertrete Arbeitnehmer\*inneninteressen oder sei gar eine Arbeiterpartei. Der DGB weist in einem längeren Artikel nach, dass die AfD geradezu »Der Feind der Beschäftigten« ist. Bereits im November vergangenen Jahres hat **Michael Barthel** für das Institut der Hans-Böckler-Stiftung eine Studie mit dem Titel **Die AfD und das kollektive Arbeitsrecht** vorgelegt. Auf 43 Seiten geht der Autor auf das arbeitnehmer\*innenfeindliche Programm und die entsprechende Praxis der AfD ein. Eine Zusammenfassung dieser Schrift und weitere Verweise Analysen findet sich im Netz.



Auch die **VVN Hamburg** ist mit neuen Informationen und Einschätzungen dabei, mit der seit Mitte Januar verbreiteten **Broschüre** »Neofaschismus auf dem Vormarsch. Themen, Strategien und Netzwerke der AfD in Hamburg«. Auf 70 Seiten vereint die Broschüre »Beiträge von **AfD Watch Hamburg** sowie neue Artikel und liefert detaillierte Analysen zu den parlamentarischen Aktivitäten, politischen Strategien und Netzwerken der AfD. Themen wie Sozial- und Wirtschaftspolitik, Wohnen und Mieten, Umwelt- und Familienpolitik werden ebenso behandelt wie die Verbindungen der Partei zur extremen Rechten«. Unter diesem Link kann die Broschüre heruntergeladen werden.



In diesem Zusammenhang ist sicher auch eine Website interessant, die sich mit der **rechten Gewalt in Hamburg seit 1945** beschäftigt. Knud Andresen, Daniel Gerster, Kerstin Thieler und Thomas Großbölting haben in einem längeren Forschungsprojekt (»Hamburg rechts-außen«) Daten und Materialien zu diesem Thema eruiert. Die Ergebnisse sind seit einem Jahr auf der **Website** [www.rechtegewalt-hamburg.de](http://www.rechtegewalt-hamburg.de) abrufbar.





Prof. Großbölting, der Leiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, ist beim tragischen ICE-Unfall am 11. Februar 2024 ums Leben gekommen (Foto: <https://rechtegewalt-hamburg.de/news/forschungsprojekt-hamburg-rechtsausen/>). Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen, Freund\*innen und Kolleg\*innen.

In der **neuen »Backbord«**, der in größeren Abständen erscheinenden Zeitung der Linksfraktion, stehen die Bilanzierung von zehn Jahren Rot-Grün und natürlich die bevorstehende Bürgerschaftswahl im Mittelpunkt. Lesenswert ist sicherlich auch die kleine Übersicht, was DIE LINKE über das Landesparlament in den vergangenen Jahren an Skandalen aufgedeckt und an Fehlentwicklungen verhindern konnte.



Schon seit Längerem gibt es eine **Datenbank mit Hamburger Frauenbiografien**. Die Urheberin Rita Bake, langjährige stellvertretende Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, schreibt, worum es geht: »Trotz aller Leistungen von Frauen scheint die Erinnerung an sie schneller zu verblässen – erweist sich die Wertschätzung weiblichen Wirkens als gering. Mit dieser Datenbank soll die Bedeutung von Frauen für Hamburgs

Geschichte leicht zugänglich gemacht und in den Alltag von heute getragen werden. Im Mittelpunkt stehen verstorbene Frauen, die in Hamburg gewirkt und/oder gewohnt und die Spuren hinterlassen haben. Es werden keineswegs nur »prominente« Frauen vorgestellt – sondern auch das Wirken und Leben der »kleinen Frau« auf der Straße, die oft im Stillen gearbeitet hat, für die Familie, die Stadt, die Partei, die Kunst, für sich. Darüber hinaus werden auch Orte, Einrichtungen, Vereine und Themen, die für Frauen von historischer Bedeutung waren und sind, präsentiert.« Mittlerweile sind 1.378 Kurzprofile aufgenommen worden, nebst 437 weiteren Darstellungen zu Vereinen und Überblicksdarstellungen. Zur Datenbank gehts hier. Ab 8. März wird übrigens eine weitere Datenbank online geschaltet. Darin Angaben zu den 2.870 nach Männern und nur 490 nach Frauen in Hamburg benannten Straßen und sonstigen Verkehrsflächen. Die Straßennamen-Datenbank ist hier zu erreichen.



Zeichnung von Birgit Kiupel unter [hamburg.de](http://hamburg.de)

Mit der Einkommensarmut einer wachsenden Zahl von Menschen gehen die Behörden in Hamburg nicht zimperlich um, eine besorgniserregende Entwicklung. Insgesamt **6.145-mal wurde Hamburger Haushalten im vergangenen Jahr der Strom, 41-mal das Gas und 549-mal das Wasser abgestellt**. So die Senatsantwort auf eine Anfrage der Linksfraktion (Drs. 22/17428 vom 14.1.2025). Im Jahre 2023 wurden 2.174 Strom, 9 Gas- und 285 Wassersperren durchgeführt.

Dazu passt – leider – das Ergebnis einer Hochrechnung des Bundes, wonach Anfang 2024 mindestens **3.787 Obdachlose auf Hamburgs Straßen** schliefen. Daneben weist der Bericht zudem 1.690 Menschen aus, die verdeckt wohnungslos sind, wie das am 10. Januar online im »Hamburger Abendblatt« zu lesen war. Damit hat sich die Zahl der Obdachlosen **gegenüber der**

**letzten Zählung im Jahre 2018 – damals waren es rund 1.900 – verdoppelt.** Ob es die Politik des Senats entlastet, wenn Staatsrätin Petra Lotzkat meint, dass nur 53% der knapp 3.800 Obdachlosen Deutsche seien, kann doch arg bezweifelt werden ([www.abendblatt.de/hamburg/politik/article408043324/zahl-der-obdachlosen-verdoppelt-aber-stadt-zweifelt-an-rechnung.html](http://www.abendblatt.de/hamburg/politik/article408043324/zahl-der-obdachlosen-verdoppelt-aber-stadt-zweifelt-an-rechnung.html)). Und leider auch diese Meldung am 12. Februar im Newsletter von »Hinz&Kunzt« geht in die gleiche Richtung: **»1.075 Haushalte in Hamburg wurden vergangenes Jahr aus ihrer Wohnung geräumt.** Das teilte die Gerichtspressestelle auf Nachfrage von Hinz&Kunzt mit. Damit ist die Zahl der Zwangsräumungen erneut angestiegen: 2023 waren 937 Haushalte betroffen. 2022 waren es 902 gewesen. [...] Fachleuten zufolge sind Miet- oder Energieschulden der häufigste Grund für den Verlust der Wohnung. Die CDU hatte zuletzt den Personalmangel in den Fachstellen für die steigenden Räumungszahlen verantwortlich gemacht«.

Am 12. Dezember 2024 ist der sehr umfangreiche **Schattenbericht, Hamburg 2024** vorgelegt worden. Darin beschäftigt sich ein Autor\*innenteam im Auftrag des Rauhen Hauses und der Aktion Mensch mit der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der UNO in unserer Stadt – **aus der Sicht behinderter Menschen.** Neben dem allgemeinen Kapitel »Inklusion als gesamtstädtische Aufgabe« werden viele gesellschaftliche Bereiche wie Bildung, Verkehr usw. durchdekliniert, um die Lage zu bewerten. Den immerhin 325-seitigen Bericht gibt es hier.



Wer sich für den Denkmalschutz in unserer Stadt interessiert, sollte sich die gut anderthalbstündige Diskussion **Warum ist der Drops immer schon gelutscht? Frühere Beteiligung für besseren Denkmalschutz!** anschauen. Die in der Patriotischen Gesellschaft gelaufene und zusammen mit dem Denkmalverein organisierte Veranstaltung bot an Gästen auf, was die Stadtentwicklungspolitik in Hamburg so zu bieten hat: Neben Anke Frieling, Olaf Duge, Dirk Kienscherf und Heike Sudmann standen u.a. Karin Loosen (Hamburgische Architektenkammer), Frank Schmitz (Denkmalrat) und Christoph Rauhut (Landesdenkmalamt Berlin) Initiativenvertreter\*innen wie Christine Ebeling (Gängeviertel) und Axel Bühler (Ini Sternbrücke) Rede und Antwort. Alles hier nachzusehen.

Als letzte große Aktion vor der Bundestagswahl findet am **Samstag, den 22. Februar**, nochmals eine Demonstration gegen Rechts statt, genauer, eine **Demo Discothek**. Das Bündnis **Klare Kante gegen Rechts** bringt damit einen »unüberhörbaren, schillernden **Demorave**« auf die Straße. »Nach den Wahlerfolgen der extremen Rechten in der EU, ostdeutschen Bundesländern und den USA sorgen sich viele, was da als Nächstes auf uns zukommt. Wie weitermachen in einer nach rechts driftenden Gesellschaft?«, heißt es im Aufruf der Gruppe. »Woher die Kraft nehmen, für das zu kämpfen, was so akut gefährdet ist: ein solidarisches Miteinander. Für alle, die im Begriff sind, sich in der Resignation zu verlieren, für die, deren Existenz vom Erstarken rechter Kräfte bedroht ist, für die, die wieder etwas bewegen wollen, für alle, die an eine plurale Gesellschaft glauben: Euch alle möchten wir dazu aufrufen, am 22. Februar mit uns auf die Straße zu gehen. Klare Kante Konzerte wird mobil Auflegen statt Aufgeben! Wir machen einen Demorave: Wir ziehen mit LKW, DJs, Artists und klaren Statements durch die Stadt und erinnern daran, um was es in den nächsten Jahren gehen wird: Alle zusammen gegen den Faschismus!« Gestartet wird um 14.30 Uhr auf dem Glockengießerwall, und dann geht es bis 18.00 Uhr rund. »Werdet aktiv und geht wählen! Move Your Ass and Your Mind will follow!«.

Wie schon in den Vorjahren feiert die Eimsbütteler LINKE den **Geburtstag von Rosa Luxemburg**, der großen Hoffnung der deutschen Linken, am 15. Januar 1919 ermordet von der deutschen Reaktion. Die Veranstaltung findet gleich nach der Bürgerschaftswahl statt, am **Mittwoch, den 5. März**, um 16.00 Uhr in Wehbers Park. Siehe hierzu auch das Plakat auf der nächsten Seite.

**Die Linke**  
Bezirksverband  
Eimsbüttel

**„Sieh, dass du Mensch bleibst.“**  
Mensch sein ist von allem die Hauptsache ...“  
Wir erinnern an Rosa Luxemburgs 154. Geburtstag.

**Mi, 5. März | 16 Uhr**  
**Wehbers Park**  
Rosa Luxemburg Garten  
Ecke Fruchttalée / Emilienstr.

Mit **Tanja Chawla**  
Vorsitzende DGB Hamburg  
**Heike Sudmann**  
Linksfraktion Hamburg  
**Sabine Schmidt**  
Omas gegen Rechts Eimsbüttel  
**Gabriela Rose**  
Friedensinitiative Eimsbüttel  
**Michael Weber**  
Schauspieler

Bringt gern Blumen mit.

In diesen Tagen finden allerorts Wahlkampfdiskussionen statt, alle möglichen Gruppierungen haben Kandidat\*innen zu Gast, um mit ihnen die jeweiligen Wahlprüfsteine zu erörtern. Aber auch das ganz normale »Veranstaltungsgeschäft« geht vor und nach den Wahlen weiter, die Welt bleibt ja nicht stehen. Greifen wir eine heraus, die von Powershift und AG Welthandel und Entwicklung der Hamburger LINKEN am **Mittwoch, den 5. März**, um 19.00 Uhr im Haus für Jugendverbände (Güntherstrasse 34) durchgeführt wird (U-Bahn Uhlandstraße, Eingang rückwärtig am Bahndamm). Es geht dabei um **Die europäische Energiewende** bzw. den **Wettlauf um die Rohstoffe der Zukunft und die Folgen für den globalen Süden**. Referentin ist Bettina Müller (PowerShift, Berlin). Sie wird über den Weg zu einer nachhaltigen, klimafreundlichen Energiepolitik, aber auch den Wettlauf um begehrte Rohstoffe wie Lithium, Kobalt und seltene Erden informieren.

Am **Samstag, den 8. März**, wird weltweit der **Internationale Frauentag** begangen. Auch in Hamburg finden gleich mehrere Veranstaltungen statt (Überblick unter <http://www.frauentag-hamburg.de/>). Hier sei nur das

»Hamburger Bündnis 8M« hingewiesen, das für diesen Tag um 18.00 Uhr zur Demonstration zum **feministischen Kampftag** aufruft. Hinweis der Veranstalterinnen: »Alle Menschen sind aufgerufen, sich diesem Protest anzuschließen, einige Blöcke in der Demonstration sind jedoch FLINTA\*-Personen vorbehalten.«

**8M!**  
**FEMINISTISCHER KAMPFTAG**

KÄMPFE VEREINEN GEGEN  
SPARPOLITIK, KRIEGE UND  
RECHTE IDEOLOGIE

**08.03.2024**  
18Uhr Rathausmarkt

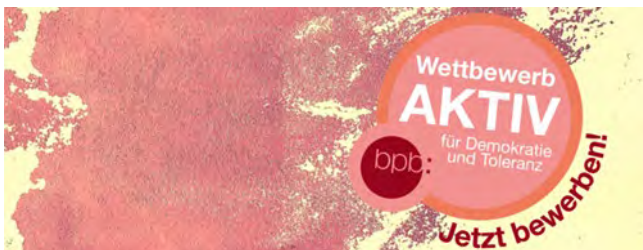
@fstreikhamburg

Von der [Website](#)

Vom **28. bis 30. März** findet in Karlsruhe der **25. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress** statt. Was an alternativen Verkehrs- und Umweltverbänden einen Namen hat, ist hier beteiligt, um das diesjährige Motto **Gemeinsam cool bleiben – Auf dem Weg zum urbanen Wohlfühlklima** mit einem umfangreichen Programm und diversen Programm zu gestalten. Näheres zu diesem Jubiläumskongress unter <https://buvko.de/>.

»Auch in diesem Jahr werden im **bundesweiten Wettbewerb ‚Aktiv für Demokratie und Toleranz‘ der Bundeszentrale für politische Bildung** (bpb) wieder erfolgreiche zivilgesellschaftliche Projekte für eine lebendige und demokratische Gesellschaft gesucht«, meldet am 17. Februar die bpb. »Preistragenden winken

Preisgelder von bis zu 10.000 Euro. Mit der Auszeichnung werden die Projekte Teil des Aktiv-Netzwerks und können somit von jährlichen Qualifizierungsangeboten und dem Erfahrungsaustausch mit Hunderten anderen Preisträgerprojekten profitieren. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Aktiv-Wettbewerbs werden im Sinne des Entstehungsgedankens in diesem Jahr **insbesondere Projekte, die gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus kämpfen**, gesucht. Weitere Informationen zum Wettbewerb und die Teilnahmebedingungen finden Sie auf [www.bpb.de/aktiv](http://www.bpb.de/aktiv). [...] **Bewerbungsschluss ist der 1. April 2025.**«



Ein breites Hamburger Bündnis aus DGB, Diakonischem Werk, Sozialverband und Mieterverein ruft für **Samstag, den 22. Februar**, am Tag vor der Bundestagswahl, auf zur **Demonstration »Hamburg wählt Zusammenhalt«** (12.00 Uhr ab Willy-Brandt-Straße). »Wir wollen ein Zeichen setzen für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen einen Rechtsruck in Deutschland«, erklärt der Mitveranstalter Dr. Rolf Bosse, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg. Es sei höchste Zeit, dass sich die Menschen überlegen, wem sie bei den anstehenden Wahlen ihre Stimme geben sollten. »Die Wohnraumkrise spitzt sich weiter zu. Steigende Mietpreise bringen immer mehr Haushalte in Hamburg und deutschlandweit an ihre Belastungsgrenze. Nicht jede Partei, die sich um die Stimmen der Mieter\*innen bewirbt, steht ein für bezahlbaren Wohnraum und Mieterschutz«, so Bosse, der ergänzt: »Wer zur Miete wohnt, muss verstehen, welche politischen Weichenstellungen für eine nachhaltige und gerechte Stadtentwicklung nötig sind und welche Partei wofür steht. Dieses Wissen sollten Hamburgs Mieter:innen bei ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen.«

Im Rahmen der **WOCHE DES GEDENKENS** veranstaltet der VVN-BdA Hamburg-Nord am **28. Februar um 19 Uhr** in der **Zinnschmelze** einen Einführungsvortrag mit Diskussion zum Thema **Verfolgung armer und unangepasster Menschen im Faschismus und heute**. Referentinnen sind Frauke Steinhäuser (Historikerin) und Liane Lieske (deren Großmutter in Auschwitz ermordet wurde).



Demoplakat veröffentlicht auf [Instagramm](#)



### Wahlparty zur Bürgerschaftswahl

Am **Sonntag, den 2. März**, ist zwar nicht alles vorbei, aber wenigstens klärt sich am Abend die Zusammensetzung der Hamburgischen Bürgerschaft in der dann anbrechenden 23. Legislaturperiode. Die Hamburger LINKE lädt von 17 bis 21 Uhr ein zur **Wahlparty** im Mojo Club (Reeperbahn 1). Nicht zuletzt die Leser\*innen des BB sind herzlich dazu eingeladen.

# Die Stadtentwicklung in Hamburg läuft schief

Von Michael Joho

Gut 15 Jahre ist es her, dass Ted Gaier, Melissa Logan, Rocko Schamoni, Peter Lohmeyer, Tino Hanekamp und Christoph Twickel für die Initiative »Not In Our Name, Marke Hamburg!« ein Papier vorlegten, das sozusagen »die theoretische Untermauerung« (Mitbegründer Christoph Twickel<sup>1</sup>) der Hamburger Recht-auf-Stadt-Bewegung darstellte. In dem damals starke Resonanz findenden Dokument ging es um eine grundlegende Kritik an der Stadtentwicklung, an Aufwertung und Gentrifizierung und einer Degradierung der Kultur(szene) zu Image- und Markenträgern. Anderthalb Jahrzehnte hat sich wenig an der Ausrichtung geändert. Sogenannte Investoren bestimmen maßgeblich die Großprojekte dieser Stadt, der Senat winkt sie durch ... und ist bisweilen erstaunt darüber, welche Wüstenei und/oder Kostenexplosion seine Politik hinter-

<sup>1</sup> Im Interview mit Niels Boeing, in »Commun«, Nr. 9/2024, vom 29.11.2024.

lässt. Das war bei der Elbphilharmonie so, das ist genauso beim Holstenareal und dem Elbtower und das wird auch beim Neubau einer Staatsoper in der Hafencity so sein. In diesem »Bürger\*innenbrief« problematisieren wir noch einmal die im Elbtower geronnene Großmannssucht des Senats (speziell des ehemaligen SPD-Bürgermeisters Olaf Scholz) und seiner unkritischen Haltung gegenüber so windigen, ja offenbar kriminellen Figuren wie den österreichischen Unternehmer René Benko einerseits und seiner Investorenhörigkeit, exemplarisch festgemacht am Vorhaben eines gewissen Klaus-Michael Kühne, Schweizer Milliardär seines Zeichens, andererseits. Wir danken besonders Stefan Buchen für seine ungewöhnliche Abrechnung mit dem »kleinen Olaf« in Odenform und Jürgen Bönigs historisch-politisch daherkommende Verdammung des rot-grün abgeseigneten Kühne-Projekts.

## Beispiel Elbtower Der Turm II

Von Stefan Buchen

Die Kanzlerschaft steht vor dem Sturz,  
doch Olafs Denkmal bleibt nicht kurz.

Beim Turmbau geht es weiter.  
So will's der alte Begleiter.

Es ist erschienen auf der Bühne  
der Recke Klaus-Michael Kühne.

Die Hoffnung starb nie, dass er rette  
den Traum urbaner Silhouette.

Und wenn er schickt als kleinen Recken  
nach vorn den netten Dieter Becken.

Doch Kühne wär nicht Kühne, gäb er  
sein eignes Erbgeld zur Gewähr her.

Denn Milliardär wird bloß derjenige,  
der selber von der Schuld das wenige

nur zahlt, jedoch den Rest  
von den andern zahlen lässt.

Für'n Turm in dem Fall möcht er bieten,  
dass Tiere dort die Räume mieten.

Die Mieter sind dann Elche,  
Insekten, Löwen und auch welche

wie Brontosaurus, Pteranodon,  
die lange ausgestorben schon.

Der Zoo im Turm ist Kühnes Falle.

Der Schlund des Urtiers frisst uns alle.

Denn wer bezahlt das Urgetier?  
Es sind, klar natürlich, wir.

'Nem Milliardär mit schwerem Stand  
hilft stets die öffentliche Hand.

Beschönigt wirds von den Claqueuren,  
die uns mit Erfolg betören.

Museum und Hochhaus elegant sich vertragen;  
man kann zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Hier läuft der supergeile Trip  
zum Public private Partnership!

So will's das kecke Narrativ,  
und sei das Bild auch noch so schief.

Der Peter springet übers Stöckchen;  
vom Turme klingt ein Sterbeglöckchen.

Ist gut, wir nehmen die Skelette,  
damit aufgeht Kühnes Wette.

Und Olaf nicht vorm Weltgericht  
als kurz eingeht in die Geschichte.

Der Zoo im Turm sei uns gegeben.  
Kühne der Held soll ewig leben.

Gut ausgestopft und konserviert,  
damit er nicht an Wert verliert,

am Eingang zum Bürokomplex  
grüß er als Tyrannosaurus Rex.

## Stadtentwicklung in Hamburg

# Beispiel Staatsoper

Der Senat hat am 7. Februar zusammen mit Vertretern der Kühne-Stiftung und -Holding den geplanten Neubau der Staatsoper auf dem Baakenhöft verkündet. In kurzen, geheimen Verhandlungen wurde geregelt, dass die Stadt Hamburg das Grundstück für zig Millionen Euro herrichtet und für maximal 147 Mio. Euro den Gebäudesockel errichtet. Alle weiteren Baukosten übernimmt dann die Stiftung. Wie hoch diese Kosten werden, könne erst in ca. zwei Jahren gesagt werden. In der Pressemitteilung der Linksfraktion vom 7. Februar haben dazu unsere beiden Abgeordneten Stellung genommen:

**Heike Sudmann**, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion: *»Ein Geschenk über hunderte Millionen Euro ersetzt weder die notwendige öffentliche Beteiligung noch Transparenz. Braucht Hamburg eine neue Staatsoper? Wie entwickelt sich die Innenstadt bei einer Verlegung der Staatsoper? Bis heute ist nicht bekannt, wie teuer die Sanierung der Staatsoper am Stephansplatz ist, die die Stadt als Eigentümerin durchführen muss. Kühnes Wunschstandort für den Neubau auf dem Baakenhöft ist das Sahnestück der HafenCity. Seit Jahren gibt es viele Ideen, aber keine breite öffentliche Diskussion, ein Bauungsplan wurde bis heute nicht in Angriff genommen. Dafür entscheidet mal eben ein Milliardär mit einem Griff in seine Portokasse, wie die Stadt sich entwickelt. Und ohne mit der Wimper zu zucken, nimmt die Stadt das Geld. Dabei liegt der Grundstock für den Reichtum des Unternehmens Kühne & Nagel in der Nazizeit. Bis heute hat Herr Kühne eine unabhängige Aufarbeitung dieser NS-Vergangenheit verhindert. Da reicht es nicht, wenn der Erste Bürgermeister sagt, das Thema sei besprochen worden.«*

**Norbert Hackbusch**, kulturpolitischer Sprecher: *»Das Mäzenatentum wurde schon bei der Elbphilharmonie beschworen und nicht gehalten. Für den Neubau braucht es eine Einbindung in die koloniale Geschichte am Baakenhafen. Außerdem braucht es klare Aussagen, was mit dem bisherigen Standort passiert. Die Innenstadt kann eine weitere wichtige Verlagerung in die Hafencity nicht vertragen. Die Äußerung, dass die Sanierung für eine Theaternutzung so viel günstiger sei als die Sanierung für eine Oper, ist fragwürdig. Unklar ist auch, wie viel Kühne bei der neuen Oper mitbestimmen darf. Bei allem bleiben viele Fragezeichen, die Zusage der Stadt zum Opernbau erscheint vor allem als Wahlkampfmanöver.«*

Wegen der Bedeutung dieser in wenigen Tagen übers Knie gebrochenen Senatsentscheidung – ganz offenbar, um den Bürger\*innen kurz vor der Bürgerschaftswahl eine vermeintliche Erfolgsmeldung zu übermitteln – gibt es nachfolgend den Beitrag von Jürgen Bönig sowie zwei Dokumente vom Denkschmalverein Hamburg und den Studierendenvertreter\*innen der HafenCity Universität.

## Kühne Soap-Opera am Baakenhöft

Von Jürgen Bönig\*

Erneut ist in Hamburg demokratisch legitimierte staatliche Gewalt privater Geld-Willkür gewichen: Der Milliardär Klaus-Michael Kühne, der sein Vermögen zum Teil der Ausplünderung von Nazi-Opfern durch die Transportfirma Kühne & Nagel verdankt, darf der Stadt Hamburg ein Opernhaus schenken, an einem exzeptionell gut gelegenen Ort, dem Baakenhöft.

### Geldmacht bestimmt

Er belegt mit der Macht seines Vermögens einen von ihm gewählten städtischen Ort mit einen von ihm gewählten Zweck und einem Gebäude, dessen Gestalt seinem Geschmack jedenfalls nicht widersprechen wird. Für den Bau des Hauses, den Kühne angeblich vollständig finanziert, setzt er Mittel ein, die er als Schweizer Bürger nicht an den deutschen Staat abgeführt hat und zu einem Zweck, den Bau eines weiteren Opernhauses, auf den niemand sonst gekommen wäre, und das an einem Ort, von dem deutsche Truppen zum Völkermord sich einschifften und der vorher für ein Mahnmal dieser Tat, eine weitere Elbüberquerung und für ein wichtiges öffentliches Gebäude vorhergesehen war. Wenn die Kosten

des Baues nebst aller Preissteigerungen angeblich vertragsgemäß von Kühne übernommen werden, müsste Hamburg nicht nur das Grundstück einem von Kühne ausgewählten Zweck widmen und die Kosten des Betriebes der Neuen Oper übernehmen und dazu noch die Hamburgische Staatsoper sanieren und die Kosten des Ersatzbetriebes durch ein Privattheater in diesem denkmalgeschützten Gebäude übernehmen bzw. absichern.

### Spekulationsabrundung

Vor dem Sommer 2024 hieß es noch, der Senat lehne ein solches Geschenk ab, das damals erkennbar der Rettung der Grundstücksspekulationen des von dem Bankrotteur René Benko gefoppten Klaus-Michael Kühne diene. Das Grundstück des inzwischen abgerissenen Einkaufszentrums am Gänsemarkt sollte um das Gelände mit den Bauten der Hamburgischen Staatsoper arrondiert werden, das denkmalgeschützte Gebäude der Oper am historisch bedeutsamen Ort des Stadttheaters einfach abgerissen, um einem weiteren überflüssigen größeren Einkaufszentrum Platz zu machen.

### Sackgasse der Evolution

Auch jetzt noch steht neben dem 350 Millionen für eine neue Oper von Kühne nebst städtischem Grundstück ein weiteres bedenkliches Geschenk der Stadt an den Grundstücksspekulanten im Raum: Um die überhöhten Mieten des Benko-Elbtowers für den Mit-Besitzer Kühne abzudecken, reifte in Geheimverhandlungen der Plan, das Naturhistorische Museum mit seinen Sammlungen als Evolutioneum in den Stumpf des Elbtowers in viel zu kleine Räume zu stopfen. 380 Mio. € wäre allein die Miete aus öffentlichen Mitteln in zehn Jahren für ein Gebäude, das ökologisch gewissenlos ist, das am falschen Ort steht und in dem man kein Fenster öffnen kann, um die veränderte Natur wahrzunehmen, sondern nur von oben auf das von Menschen gemachte Unheil herabschauen kann.



Historische Bilder von der [Homepage des Denkmalvereins](#) aus dem Postkartenarchiv von Jürgen Bönig

### Raum bürgerlicher Öffentlichkeit

Denkmalschützer, Architekten und Stadtplaner waren entsetzt über den Gedanken, dass die Hamburgische Staatsoper mit ihrem denkmalgeschützten Gebäude abgerissen werden sollte und jetzt, des Zweckes eines Opernbetriebes entkernt, umgebaut werden müsste. Eine Petition des Denkmalvereins versuchte diesem Einhalt zu gebieten.

Michael Kühne mag jedes Gebäude und jeder Ort künftiges Einkaufszentrum sein, aber mit der bürgerlichen Geschichte Hamburgs Vertraute wissen, dass die Hamburgische Staatsoper nach Ort und Gebäude ein wichtiger Raum bürgerlicher Öffentlichkeit war und weiter sein sollte.

1678 entstand das private Stadttheater am Gänsemarkt, in dem G. E. Lessing bis 1779 seine Hamburgische Dramaturgie ersinnen konnte. 1827 entstand am heutigen Standort der Staatsoper an der Dammtorstraße ein Gebäude für Theater, Oper und Musikaufführungen, das von Schinkel entworfen und vom Stadtbaumeister Wimmel in stark vereinfachter Form ausgeführt wurde. Der Bühnenraum der Staatsoper hat noch heute seinen Ursprung in diesem Bau. In den Zeiten des



Vormärzes und der Revolution von 1848 fanden hier wichtige Aufführungen statt u.a. von Richard Wagner und Albert Lortzing, die den Wunsch nach einer bürgerlichen Revolution ausdrückten. Martin Haller, der Architekt, der auch das Hamburger Rathaus wesentlich gestaltet hat, ergänzte 1874 das Gebäude durch eine repräsentative Fassade und verwandelte den nur von einer Markise geschützten Vorplatz in ein Foyer, in dem die bürgerliche Öffentlichkeit sich selbst begegnen konnte. Dieser Raum der Öffentlichkeit wurde beim Wiederaufbau des im 2. Weltkrieg teilzerstörten Gebäudes sogar noch für die Bürger von außen einsehbar gemacht: Durch Glasscheiben sehen die Vorbeigehenden, wie die Besucher der Oper sich im Foyer bewegen.

Die Hamburgischen Staatsoper verdankt ihre Gestalt also dem Gedanken bürgerlicher Öffentlichkeit, die in der Demokratie für alle zugänglich ist. Diesen Ort demokratischer Entwicklung einfach zu verlassen, dem Abriss preiszugeben, weil ein Milliardär mit seiner Geldmacht aus durchsichtigen Gründen das bedeutendste Grundstück der Stadt am Baakenhöft mit einem Opernhaus nach seinem Geschmack und seinen Interessen belegt, widerspricht allen staatsbürgerlichen Vorstellungen von demokratischer Öffentlichkeit, die im Gebäude der Hamburgischen Staatsoper ihren Ausdruck fanden.

*\*Jürgen Bönig ist Technikhistoriker*



# Lasst die Oper in der Stadt!

## Unterschriftensammlung des Denkmalvereins Hamburg

Die Stadt Hamburg plant, ihr Opernhaus auf Initiative und mit finanzieller Beteiligung des Unternehmers Klaus-Michael Kühne aus der Innenstadt in die Hafencity zu verlegen. Dabei ist die bestehende Staatsoper aus dem Jahr 1955 ein Hauptwerk der Nachkriegsmoderne, das sehr gute Sicht und Akustik bietet und nur saniert<sup>2</sup> werden muss. Es wäre weder baukulturell noch finanziell zu verantworten, dieses zentral gelegene Haus einer unklaren Zukunft zu überlassen und für viel Geld einen Neubau an den Südrand der Hafencity zu stellen.

### Wir fordern stattdessen:

- Das denkmalgeschützte Gebäude an seinem historischen Standort muss auch in Zukunft als Hamburgische Staatsoper genutzt werden.
- Die Öffentlichkeit muss informiert werden, sowohl über den aktuellen Sanierungsbedarf des Gebäudes als auch über die Gesamtkosten eines möglichen Neubaus, die voraussichtlich weit über den von Klaus-Michael Kühne angekündigten 330 Mio. € liegen werden.<sup>3</sup> Außerdem müssen die langfristigen Folgekosten für den Betrieb beziffert werden.
- Eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit ist die Voraussetzung für jede weitere mögliche Konsequenz.

### Begründung

Gerhard Webers Zuschauerhaus der heutigen Staatsoper ist eines der prägenden Hamburger Baudenkmäler der Nachkriegsmoderne und der expressionistische Bühnenrakt der 1920er-Jahre ein qualitätvolles Werk des Architekturbüros Distel & Grubitz. Standort und Dimensionen gehen auf den 1827 von Carl Ludwig Wimmel errichteten und 1871 von Martin Haller erweiterten Vorgängerbau zurück, der wiederum in der Nachfolge der 1678 gegründeten Oper am Gänsmarkt stand – keine andere weltliche Institution unserer Stadt ist schon so lange am selben Platz ansässig. Bereits im März vergangenen Jahres hatte der Hamburger Denkmalrat in einer öffentlichen Stellungnahme einen umfassenden Bestandsschutz für das heutige Opernhaus sowie die Zusage einer Nutzungskontinuität gefordert.

Die Oper steht in einer beeindruckenden Tradition der Bürgerkultur. Der Neubau nach dem Zweiten Weltkrieg wurde maßgeblich von Hamburger Bürger:innen finanziert und initiiert durch den Hamburger Unternehmer Alfred Toepfer. Der heutige Vorsitzende der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. hat sich bereits 2022 im Hamburger Abendblatt für die Erhaltung der

<sup>2</sup> Laut Auskunft des Senats vom 7.2.25 muss auch eine umfangreiche Modernisierung des Bestandsgebäudes stattfinden.

<sup>3</sup> Nachtrag: Laut Auskunft des Senats vom 7.2.25 soll der Beitrag der Stadt für den Gebäudesockel bei 147,5 Mio. € gedeckelt werden. Hinzu kommt jedoch noch die mit weiteren Kosten verbundene Herrichtung und die Bereitstellung des letzten bebaubaren Grundstücks der Hafencity, dessen Wert auf viele Mio. € geschätzt wird.



Die Staatsoper an der Dammtorstraße (Foto: Dorf Müller Klier)

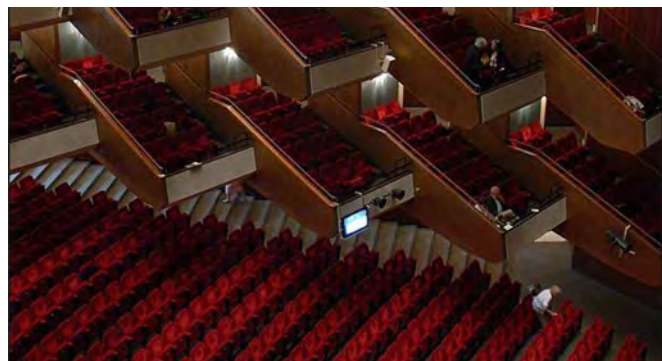
Staatsoper am jetzigen Ort ausgesprochen und die Neubau-Vorschläge als «Danaergeschenk» bezeichnet.

Die Oper liegt zentral am Dammtorbahnhof, aus allen Richtungen leicht erreichbar mit Bus, U- und S-Bahn sowie Regional- und Fernzügen. Bei einem Umzug würde die ohnehin darübende Hamburger Innenstadt einen herausragenden kulturellen Anziehungspunkt verlieren.

Ein Neubau in der Hafencity mit unkalkulierbaren Kosten ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Der bisherige Bau bliebe auch mit neuer Nutzung voraussichtlich in städtischem Besitz, eine notwendige Sanierung müsste somit trotzdem bezahlt werden. Das öffentliche Geld, das in eine neue Oper fließen würde, wird an anderen Stellen viel dringender gebraucht, nicht zuletzt für kulturelle Großprojekte wie Naturkunde- oder Deutsches Hafencitymuseum.

Eine so wichtige Entscheidung zur Architektur, Stadtentwicklung und Denkmalpflege wie die Zukunft der Oper auf einem öffentlichen Grundstück sollte in einem ergebnisoffenen Prozess und auf der Grundlage einer breiten fachlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Diskussion getroffen werden – und nicht nach den Wünschen eines einzelnen privaten Geldgebers, auch um gerade jetzt nicht das Vertrauen in die Demokratie zu beschädigen.

Weitere Infos und historische Fotos: [www.denkmalverein.de/gefaehrdet](http://www.denkmalverein.de/gefaehrdet) sowie zur Unterschriftensammlung [www.change.org/p/lasst-die-oper-in-der-stadt](http://www.change.org/p/lasst-die-oper-in-der-stadt).



Zuschauerraum, Foto: Andreas Praefcke CC



## Offener Brief der HCU-Studierendenschaft gegen die Oper in der Hafencity

Hamburg, den 7.2.2025

Sehr geehrter Hamburger Senat,  
sehr geehrte Hamburger Bürgerschaft,

als Vertretung der Studierendenschaft der Hafencity Universität (HCU) möchten wir uns gegen den geplanten Bau eines Opernhauses auf dem Baakenhöft aussprechen.

Während Bildungseinrichtungen – insbesondere die HCU – chronisch unterfinanziert sind, während unsere Hochschule unter massivem Platzmangel leidet und während die Hafencity als Stadtteil durch ihre klassistische Prägung weitgehend unbelebt bleibt, wird ohne jegliche Partizipation der lokalen Bevölkerung ein Prestigeprojekt vorangetrieben. Ein Projekt, das aus der Laune eines Mäzens entsteht und letztlich nur einer privilegierten Minderheit dient.

Der Bau dieser Oper ist nicht nur konzeptionell fragwürdig, sondern auch eine akute Gefahr für unsere Bildungsinfrastruktur. Seit dem Umzug der HCU an den Henning-Voscherau-Platz kämpfen wir mit unzureichenden Räumlichkeiten. Notlösungen wie die Märchenwelten direkt neben dem propagierten Grundstück werden genutzt, um diesen Missstand zu mildern und sind unverzichtbar. Doch mit der Oper am Baakenhöft droht deren Verlust – und damit eine weitere Einschränkung dringend benötigter Lehr- und Arbeitsräume. Anstatt auf die realen Bedürfnisse der Stadt einzugehen, wird unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit ein Konsumraum geschaffen, der Exklusivität über Gemeinwohl stellt.

Als Studierende für Baukunst und Metropolenentwicklung widersprechen wir diesem Vorhaben auch inhaltlich. Das bestehende Opernhaus am Stephansplatz ist ein bedeutendes architektonisches Zeugnis seiner Zeit und erfüllt



Der sich überschlagende O-Ton auf [hamburg.de](http://hamburg.de): »Das neue Opernhaus soll ein Ort mit hervorragender Aufenthaltsqualität für alle Hamburgerinnen und Hamburger werden – ein Ort für herausragende Kunst, der alle willkommen heißt!«. Die HCU liegt direkt gegenüber vom Baakenhöft.

seine kulturelle Funktion in der Stadt vollumfänglich. Ein Neubau in der Hafencity wäre eine unnötige Verdopplung bestehender Infrastruktur und eine Verschwendung finanzieller sowie materieller Ressourcen. Selbst wenn die Mittel gespendet werden, bleibt der Bau einer neuen Oper eine soziale, ökologische und ökonomische Fehlentscheidung.

Wir fordern den Hamburger Senat auf, sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Statt exklusive Prestigeprojekte zu forcieren, sollten bestehende, inklusive Räume gestärkt werden. Mäzenatentum sollte einem nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Zweck dienen – nicht der Selbstinszenierung.

AStA  
HCU

StuPa  
HCU

# Ausgeraubt vor der Deportation

Leider nur noch bis zum 20. Februar war in der Diele des Rathauses die beeindruckend-bedrückende Ausstellung »Ausgeraubt vor der Deportation. NS-Verfolgte im Fokus der Hamburger Finanzverwaltung« zu sehen. Einen Monat lang präsentierte die *Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte* Forschungsergebnisse, Dokumente und Bilder des Unrechts an Hamburger Juden und Jüdinnen, das ihnen von den bisher nur selten im Fokus stehenden städtischen Finanz- und Zollbeamten auf Geheiß der politisch Verantwortlichen angetan wurde. Aus Betroffenheitsperspektive hielt Ilse Neurath am 22. Januar die Rede zur Eröffnung der Ausstellung. Sie ist Enkelin des beraubten jüdischen Ehepaares Moses. Wir danken Ilse Neurath dafür, dass wir ihre Ansprache hier im Gedenken an die damaligen Ereignisse und als Mahnung für die Menschen heute aufnehmen dürfen.

## Rede von Ilse Neurath am 22. Januar 2025 im Rathaus

Sehr geehrte Damen und Herren,  
zunächst einmal vielen Dank an Herrn Balcar-Dittmann und sein Team von der Stiftung Gedenkstätten und Lernorte, die im Auftrag der Finanzbehörde diese Ausstellung erarbeitet und zusammengestellt haben.

Mein Name ist Ilse Neurath. Ich bin die Tochter von Gerhard Moss, die Enkelin von Lucie und Kurt Moses.

Nachdem ich gefragt wurde, ob ich ein paar Worte zur Ausstellungseröffnung sagen kann, habe ich lange überlegt. Eine Rede habe ich noch nie gehalten, aber die Vorstellung, dass in diesem Rathaus wieder von Ausgrenzung und Vertreibung gesprochen wird, lässt mir keine Ruhe.

Ich spreche hier im Namen meiner in Hamburg lebenden Familie. Viel lieber wäre es uns gewesen, wenn eine derartige Aufarbeitung noch zu Lebzeiten meines Vaters, er starb vor 13 Jahren, geschehen wäre. Er hätte viel umfangreicher und genauer über sein Leben, das seiner Eltern und seiner Familie berichten können. Er hätte auch viel eindrucksvoller über die vielen Steine, die ihm während der Wiedergutmachung in den Weg gelegt wurden, erzählen können. Ich habe ein Großteil meines Wissens aus dem Interview der Holocaust-Stiftung von Spielberg, das mein Vater 1997 gab.

Bei uns zu Hause spielte das Schicksal meiner Großeltern bzw. meines Vaters kaum eine Rolle. Es wurde mehr nach vorn geschaut als rückblickend. Mein Vater konnte als Jugendlicher mit dem ersten Kindertransport nach England dem Holocaust entfliehen. 1947 kam er mit der englischen Armee in sein Hamburg zurück. Als junger Mann, mit dem Ziel, ein neues, antifaschistisches Deutschland mit aufzubauen. Für ihn war es klar, ein neues Deutschland konnte nur mit den Menschen aufgebaut werden, vor allem jungen Menschen, die die Nazizeit hier überlebt hatten. Seine Aufgabe hier: Jugendarbeit. Unter anderem bestand diese darin, Kontakt aufzunehmen mit einer Gruppe Jugendlicher, die im Gefängnis saßen, da sie bis zum bitteren Ende an den Endsieg geglaubt hatten. Die jungen Männer waren ihm sehr dankbar. Der Kontakt bestand noch bis zum Tode meines Vaters.

Meinem Vater war es immer ein Anliegen, seine Geschichte und die seiner Familie, generell die Verfolgung von so vielen Menschen, begreifbar zu machen. Er hat sich an Schulen, in Veranstaltungen der VVN und in Kirchen dafür stark gemacht, dass so etwas nie wieder geschieht. Er hat



Ilse Neurath (dritte von rechts) auf der Eröffnungsveranstaltung am 22. Januar (Foto: Hamburgische Bürgerschaft/Jessica Mintelowsky)

sich in Friedensinitiativen für Abrüstung und weltweite Friedensverhandlungen, auch zwischen Israel und Palästina, eingesetzt.

Ich habe meine Großeltern, über die in dieser Ausstellung unter anderem berichtet wird, nie kennengelernt. Es standen immer zwei Porträtaufnahmen meiner Großeltern im Wohnzimmer im Regal. Heute, nachdem mein Vater verstorben ist, stehen diese Bilder weiter bei meiner Mutter. Aus meiner Kindheit kann ich mich nicht erinnern, dass über meine Großeltern viel geredet wurde. Außer, dass ich mehrere Male mit meinem Vater in der Innenstadt einen Rechtsanwalt aufgesucht habe. Es blieb mir auch nur dadurch in Erinnerung, da es dort einen Paternoster gab. Erst viel später wurde mir klar, es ging dort um Wiedergutmachung.

Mein Vater kam mittellos nach Deutschland zurück und wollte sich hier eine neue Existenz aufbauen. Seine Eltern, Verwandte und Freunde gab es nicht mehr. Viele Jahre, viel Papierkram und immer wieder Nachfragen und Anzweiflung seitens der Behörde machten meinem Vater sehr zu schaffen. Es sollen so Sätze gefallen sein, wie »wenn Sie Geld brauchen, spielen Sie im Lotto«. Aber auch das erfuhr ich erst, nachdem ich den ganzen dicken Ordner der Wiedergutmachung durchgearbeitet habe.

Dank der Recherchen durch Herrn Balcar wurde so einiges aufgefunden bzw. ergänzt zu den Informationen, die uns schon vorlagen. Meine Großeltern betrieben ein Geschäft vor allem für Arbeitskleidung, im 1. Stock am Alten Steinweg 1.

Der Laden zog sich über zwei Häuser hin. Viel größer, als ich es mir vorgestellt hatte. Mein Vater bezeichnete seine Eltern als deutsch-jüdisch. Sie waren politisch eher konservativ. Sie waren liberale Juden. Politik und Religion spielten in ihrem Leben kaum eine Rolle.

Mein Großvater verstarb 1940 nach der sogenannten Schutzhaft im KZ Sachsenhausen mit nur 45 Jahren an einem Lungenleiden. 1941 wurde meine Großmutter nach Lodz deportiert und kam nicht wieder zurück. Auch ihr Leben dauerte nur 47 Jahre.

Das Geschäft wurde aufgelöst, was immer das zu bedeuten hatte. Sicherlich haben sich einige Konkurrenten daran bereichert. Kleine und große Unternehmen zogen so ihren Vorteil aus dem Leid der Verfolgten. Es wurde ein Verwalter eingesetzt. Das Geschäft meiner Großeltern war ein Abzahlungsgeschäft. Das heißt, der Verwalter trieb noch die letzten Ratenzahlungen ein. Meine Großeltern wurden zu guter Letzt mit einer Steuerschuld belegt, da sie angeblich gegen die Spinnstoffverordnung verstoßen hätten. Eine Angestellte hatte jedoch die Buchführungsjournale an sich genommen

und meinem Vater nach dem Krieg überreicht. Alles auf den Pfennig genau notiert und korrekt abgeführt.

Wenn ich und meine Familie Lehren aus unserer Familiengeschichte gelernt haben dann ist es dies. Die Geschichte der Juden darf nicht in Vergessenheit geraten. Zivilgesellschaftliches Engagement, klares stattliches Handeln gegen Antisemitismus und gegen jede Art von Ausgrenzung und Diskriminierung ist nötig, wobei es aber auch meinem Vater schon wichtig war, dass gerade deswegen auch immer eine Kritik am politischen Handeln Israels möglich sein muss und notwendig ist. Geflüchtete müssen bei uns aufgenommen werden, ohne Wenn und Aber. So wie auch mein Vater mit der Flucht nach England überleben konnte. Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Freiheit und Unversehrtheit zu leben. Diese Lehre haben mein Vater, aber auch meine Mutter, mir und meinen Kindern mit auf den Weg gegeben.

Ein Spruch in unserer Familie ist seit einigen Jahren »gut, dass Opa, das nicht mehr miterlebt«. Für die heutige Veranstaltung möchte ich sagen, »schade, dass Opa das nicht mehr erlebt«.



Gepäckkontrolle in einer Schulturnhalle in Hamburg-St. Pauli vor der Deportation nach Minsk. Zeichnung von Ingrid Wecker.

Oberfinanzpräsident Georg Rauschnig in der Uniform des Zolls, 1941

Aus dem Flyer der Ausstellung »Ausgeraubt vor der Deportation« ([www.gedenkstaetten-hamburg.de/fileadmin/user\\_upload/aktuelles/2025/HH\\_Flyer-Ausgeraubt\\_vor\\_der\\_Deportation.pdf](http://www.gedenkstaetten-hamburg.de/fileadmin/user_upload/aktuelles/2025/HH_Flyer-Ausgeraubt_vor_der_Deportation.pdf)).

## Kulturipp

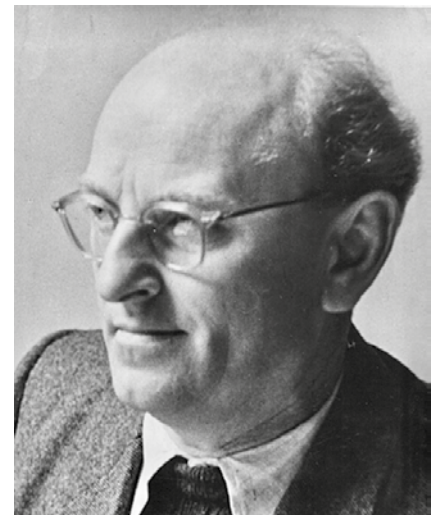
# »Zwei Leben für die Befreiung«

So ist ein aufwendiges Buchprojekt überschrieben, das nach mehrjähriger Vorbereitung nun seinem Höhepunkt entgegengeht: Die Nachfahren von Antifaschist\*innen legen ein zweibändiges Werk vor, Lesebücher über »zwei Kämpfer\*innen, Protagonist\*innen einer menschlichen Welt«, wie es in der Ankündigung heißt. Es geht auf zusammen rund 1.400 Seiten um das Leben von Harry Naujoks (1901–1983) und Martha Naujoks, geb. Pleul (1903–1998). Er war nach dem »Hamburger Aufstand« KJVD-Vorsitzender geworden, sie betätigte sich in verschiedenen kommunistischen Zusammenhängen. 1926 heirateten die beiden und betätigten sich ab 1933 im antifaschistischen Untergrund. Durch ihre Einlieferung in verschiedene Konzentrationslager erfuhren sie erst nach Ende der NS-Zeit davon, dass beide überlebt hatten. Harry wurde

nach 1945 Hamburger KPD-Vorsitzender, sie übernahm ebenfalls wichtige Funktionen in der örtlichen Parteiorganisation.

Das zweibändige Geschichtswerk ist auf Initiative der »Kinder des Widerstands«, genauer, ihrer Naujoks-Arbeitsgruppe zustande gekommen. Aktiv beteiligt daran waren Peter Badekow, Rüdiger von Hanxleden und Andre Rebstock. Sie firmieren jetzt als Herausgeber und laden ein zur **Präsentation der Bücher am Samstag, den 22. Februar, 15.30 Uhr, ins Forum der Apostelkirche** (Bei der Apostelkirche, Bus 4). Es wird um Anmeldung gebeten: kinder-des-widerstands@posteo.de.

Die beiden Bücher mit ihren Beiträgen von 50 Autor\*innen, 157 Fotos und 23 Erst- und Originalveröffentlichungen erscheinen im Schubert und kosten 59,- Euro.



Die Lebensgeschichte von Martha Naujoks wird zum ersten Mal erzählt. »Das vergessene Leben der Martha Naujoks« von Henning Fischer beschreibt, wie sie schon als Jugendliche an Arbeiteraufständen teilnimmt, bis 1935 in Hamburg im Widerstand gegen den Nazismus aktiv ist und sich im Moskauer Exil lebensgefährlicher Denunziationen erwehren muss. 1945 kann sie zurückkehren. (Band 1).

Am 19. Februar ist der Mitherausgeber des Werks, Rainer Naujoks, verstorben. Wir trauern mit den Angehörigen und den Kindern des Widerstands über den Tod eines klugen Menschen und aufrechten Antifaschisten.

Die Erinnerungen von Harry Naujoks »Mein Leben im KZ Sachsenhausen« sind eine kommentierte Neuedition des Historikers Henning Fischer, initiiert und redaktionell begleitet von den Herausgebern Kinder des Widerstands und Rainer Naujoks. Harry Naujoks war »Lagerältester«, eine von der SS erfundene Häftlingsfunktion als Vollzugsorgan der SS. Als erfahrener Arbeiterfunktionär nutzte er die Funktion zum Aufbau einer Widerstandsgruppe, zur Hilfe für Häftlinge und zur Rettung vieler Menschenleben im KZ, eine lebensgefährliche Gratwanderung. (Band 2) 📖

Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger\*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg